

Christlich-demokratische Volkspartei (CVP)

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	2
1989	3
1990	4
1991	5
1992	7
1993	8
1994	10
1995	11
1996	12
1997	14
1998	15
1999	16
2000	17
2001	18
2002	20
2003	23
2004	25
2005	27

1987

Das Selbstverständnis der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) als Mitte und Mittlerin zwischen den politischen Fronten bereitet ihr, gerade in Zeiten sachpolitischer Polarisierungen, Identitätsprobleme, wobei die heftiger werdenden Konfrontationen auch innerhalb des CVP-Lagers spaltend wirken. Eine zu eben dem Thema des **Selbstverständnisses** abgehaltene Tagung brachte denn auch eine fast babylonische Verwirrung um Ziele und um Begriffe wie links – rechts oder progressiv – konservativ zutage. Als gemeinsamer Nenner und einigende Klammer konnte immerhin ein Wertkonservatismus ausgemacht werden, gemäss dem es gelte, durch Veränderungen im Sozial- und Umweltbereich das sittliche Menschenbild der CVP zu bewahren. Das "hohe C", bis vor kurzem noch als Bezeichnung für einen Fruchtsaft bekannt, etablierte sich innerhalb der CVP als Begriff für die christliche Grundlage der Partei. Es wurde hingegen nicht diskutiert, was unter der Bezeichnung eigentlich zu verstehen sei. Gemäss dem Historiker U. Altermatt ist gerade dieses "hohe C" für die CVP notwendig, um dem doppelten Erosionsprozess von Säkularisierung und Ökonomisierung zu entgehen.

Als "Mitte der Mitte" und in ihrer Kompromissbereitschaft gar als Spiegelbild der Partei bezeichnet, wurde zu Beginn des Jahres die St. Galler Nationalrätin **Eva Segmüller als Präsidentin** der CVP erkoren und in der Folge als erste Frau an der Spitze einer Bundesratspartei gefeiert. Beim eher linken CSP-Flügel stiess diese Wahl auf wenig Begeisterung, und auch die "Arbeitsgemeinschaft der CVP-Frauen" reagierte eher zurückhaltend, da E. Segmüller nicht als besonders mutige Verfechterin der Sache der Frau gilt. Die Wahl einer Frau in dieses Amt wurde immerhin auch von

dieser Seite angesichts der zahlreichen Kantonalsektionen, welche sich gegen das sich verändernde Rollenverständnis der Frauen noch wehren, als ermutigend angesehen.

Die zum Teil recht weit auseinanderliegenden Positionen des christlich-sozialen Parteiflügels oder der Jungen CVP einerseits und der "Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft" (AWG) andererseits äusserten sich in der parlamentarischen Arbeit – etwa bei der Auseinandersetzung um den Kündigungsschutz im Arbeitsvertragsrecht – oder in der unterschiedlichen Parolenfassung bezüglich der Revision des Asylgesetzes. Sie konnten jedoch im Vorfeld der Wahlen auf der **programmatischen Ebene** durch Kompromisse überdeckt werden. So trat die Partei an ihrem Wahlparteitag für ein Moratorium beim Bau neuer Kernkraftwerke ein, bis auf Grund des EGES-Berichtes, der nach den Wahlen erscheinen sollte, näheres entschieden werden könne. Dass sich die CVP aber doch für die Einführung des fakultativen Referendums bei KKW-Bauten aussprach, wurde auf Impulse der Jungpartei zurückgeführt. Eine Führerrolle kommt der CVP bei der Bekämpfung neuer Fortpflanzungstechnologien zu. Sie wandte sich gegen die künstliche Befruchtung mit Zellen, die nicht von einem Ehepartner stammen, gegen die Leihmutterschaft und den Handel und Experimente mit Embryonen.

Trotz des um 0,7% auf 19,7% gesunkenen **Wähleranteils** konnte die CVP ihre 42 Nationalratssitze halten, und im Kanton Solothurn gewann sie sogar einen 19. Ständeratssitz. Ihre Anhängerschaft ist gemäss VOX-Analyse weniger durch sozio-ökonomische als vielmehr durch konfessionelle Merkmale bestimmt, sind doch 93% der CVP-Wählerinnen und –Wähler katholisch.

1988

Die CVP musste einen Nachfolger für ihren **Generalsekretär Hans Peter Fagagnini** suchen, welcher nach vierzehn Jahren auf diesem Posten in die Bundesverwaltung wechselte. Der Politologe Fagagnini, der als intellektueller Vordenker der CVP galt, rief bei seinem letzten Auftritt als Generalsekretär an einer Delegiertenversammlung die CVP auf, in einer Zeit schwindender Parteienbindung vermehrt zielgruppenorientiert zu arbeiten. Dazu seien allerdings klare programmatische Aussagen und ein mediengerechtes Auftreten erforderlich. Angesichts der in den letzten Jahren eingetretenen Schwächung der SP sei es gerade für die CVP wichtig geworden, innerhalb des bürgerlichen Lagers eine autonome Position einzunehmen und vermehrt Umweltsensibilität zu zeigen. Zu seinem Nachfolger wählte der Parteivorstand am 6. Mai den 45jährigen Erziehungswissenschaftler und Präsidenten der CVP des Kantons Schwyz, **Iwan Rickenbacher**. Erste Äusserungen des Neugewählten und Beurteilungen durch die Medien liessen auf weitgehende Kontinuität im CVP-Sekretariat schliessen.

In bezug auf ihre Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen unterschied sich die CVP nur bei der Koordinierten Verkehrspolitik, wo sie für Annahme plädierte, von den andern bürgerlichen Parteien. Immerhin bereiteten ihre Delegierten der Stadt-Land-Initiative und der vom CNG unterstützten Arbeitszeitinitiative des SGB eine etwas weniger deutliche Abfuhr als diejenigen der FDP und der SVP. Mehr als einen Achtel der Delegiertenstimmen vermochten die beiden Begehren aber auch in der "Partei der Mitte" nicht auf sich zu vereinigen. Eine nach der Volksabstimmung vorgenommene Umfrage ergab, dass die Haltung der Delegierten durchaus mit dem Stimmverhalten der CVP-Sympathisanten übereinstimmte: Die Initiative für die 40-Stunden-

Woche erzielte in diesen Kreisen lediglich 13% Ja-Stimmen, diejenige für die Bodenrechtsreform brachte es auf 21%.

Die CVP vermochte ihr relativ gutes Abschneiden bei den letztjährigen Nationalratswahlen nicht zu bestätigen, sondern setzte bei den **Wahlen** in die Legislativen der Kantone und der grösseren Städte ihren Krebsgang fort. Wie bereits im Vorjahr verlor sie auch 1988 überall Stimmenanteile. Besonders massiv fiel der Einbruch in Schwyz aus, wo sie die absolute Mehrheit im Kantonsrat verlor, und in St. Gallen, wo die CVP sowohl bei den Kantonsratswahlen als auch bei der Erneuerung verschiedener kommunaler Legislativen stark unter dem erstmaligen Auftreten der **Auto-Partei** zu leiden hatte. In der Stadt St. Gallen zeigte sich, dass ein prononciert autofreundlicher Kurs für die CVP kaum ein Mittel gegen die Erfolge der Auto-Partei darstellen kann. Hier war die CVP mit zwei verbundenen Listen angetreten, wobei auf der einen die Vertreter des christlichsozialen Flügels und der Parteimitte kandidierten und auf der andern, unter dem Namen "CVP-Mittelstand und Gewerbe", Repräsentanten der "Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft". Der rechte, gewerbe- und automobilfreundliche Parteiflügel vermochte den Vormarsch der Auto-Partei nicht aufzuhalten und erzielte statt der angestrebten acht bloss fünf der insgesamt 18 CVP-Sitze.

Deutlicher als auf eidgenössischer Ebene sind bei der CVP die **Flügelkämpfe** jeweils auf kantonaler Ebene zu verfolgen. Die Parteirechte setzte ihre Aktivitäten zur Sammlung der konsequent bürgerlich und wirtschaftsfreundlich denkenden Parteimitglieder fort und formierte sich im Berichtsjahr nach dem Vorbild anderer Kantone auch in Zürich unter dem Namen "Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft" (AWG). Auf der andern Seite zeigten sich verschiedentlich Vertreter des christlichsozialen Flügels von der CVP ungenügend berücksichtigt und kündigten, wie im Thurgau, den organisatorischen Zusammenschluss als christlichsoziale Gruppe innerhalb der Partei an, oder drohten gar, wie in Uri, mit einer Trennung von der Partei. In **Graubünden** war das Zerwürfnis so weit gediehen, dass sich eine Parteispaltung abzeichnete. Zuerst hatte die 1987 gebildete christlichsoziale Gruppe der CVP (CSP) bei Ersatzwahlen in die Regierung im nötig gewordenen zweiten Wahlgang den offiziellen CVP-Bewerber mit einer Gegenkandidatur bekämpft. Die Retourkutsche folgte bei der Kandidatenaufstellung für die Churer Gemeindewahlen, als die von der CSP vorgeschlagenen Personen von der CVP-Versammlung nicht berücksichtigt wurden. Die CSP trat darauf hin mit einer eigenen Liste an und vermochte der CVP rund einen Drittel der Stimmen und 2 von 5 Parlamentssitzen abzunehmen. Bis zum Jahresende kam es weder zu einer Einigung über die von der Mutterpartei gestellten Bedingungen für ein Verbleiben in der CVP noch zu einer Entscheidung über den offiziellen Austritt der CSP.

1989

Bezüglich der Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen ging die CVP mit den beiden anderen bürgerlichen Regierungsparteien einig. Die Nein-Parole zur Kleinbauerninitiative wurde von den Delegierten mit 161:24 Stimmen gefasst und diejenige zur Tempo 100/130 mit 157:27. Nicht ganz so geschlossen wie bei der FDP und der SVP erfolgte die Verwerfung der Volksinitiative für die **Abschaffung der Armee**: Den 211 Delegierten, welche für Ablehnung votierten standen immerhin 4 Ja und 6 Enthaltungen gegenüber. Die nach der Volksabstimmung durchgeführte Vox-Analyse zeigte denn auch, dass der Anteil der Befürworter der GSoA-Initiative

unter den Sympathisanten der CVP mit 15% rund doppelt so hoch gewesen war wie unter denjenigen der SVP und der FDP.

Bei den **kantonalen und kommunalen Wahlen** schnitt die CVP unterschiedlich ab. Im Kanton Aargau verlor sie sechs Sitze – immerhin konnte hier die CVP-nahe Junge Liste Zurzach ein Mandat gewinnen – in Solothurn büsste sie zwei Sitze ein. Hingegen gewann sie in Genf einen Sitz dazu, ebenso im Stadtparlament von Lausanne, wo sie mit der SVP auf einer gemeinsamen Liste mit dem Namen "Renouveau Centre" angetreten war. In ihren Hochburgen in den Alpen konnte sie sich gut behaupten: im Wallis verbesserte sie ihren ohnehin sehr hohen Wähleranteil und behielt mit 80 Sitzen die absolute Mehrheit im Parlament, in Graubünden konnte sie trotz der Konkurrenz durch die erstmals antretende CSP ihre 38 Sitze halten.

Christlichsoziale (CSP) (siehe auch Dossier CSP)

Die Thurgauer Christlichsozialen machten ihre Ankündigung aus dem Vorjahr wahr und organisierten sich als Gruppe innerhalb der CVP. Im Kanton **Graubünden** konstituierte sich kurz nach den kantonalen Wahlen die 1987 gegründete Parteigruppe der Christlichsozialen nach längerem Zögern als eigenständige Partei. Bei den Grossratswahlen vom 7. Mai waren ihre Exponenten im Kreis Chur – wie bereits 1988 bei den Gemeindewahlen – mit einer eigenen Liste angetreten und hatten der CVP drei ihrer bisher sechs Sitze abnehmen können. Die CVP, die dank Sitzgewinnen im übrigen Kantonsgebiet diese Verluste kompensieren konnte, lehnte die von der CSP gewünschte Fraktionsbildung im Grossen Rat ab.

1990

Die CVP äusserte sich mehrmals positiv hinsichtlich einer **Öffnung der Schweiz gegenüber Europa**, wobei in dem am Parteitag in Bad Lostorf verabschiedeten Grundsatzpapier eine EG-Mitgliedschaft der Schweiz nicht ausgeschlossen wurde. An der Delegiertenversammlung in Faido nahm das Thema "Europa als kulturelle Herausforderung" einen grossen Platz ein.

Die Partei lancierte die Initiative "**Zivildienst für die Gemeinschaft**", welche an der Militärpflicht als Regel festhalten will, jedoch einen zivilen Ersatzdienst von längerer Dauer als der Militärdienst im Falle einer Gewissensnot vorsieht; eine Gewissensprüfung ist nicht vorgesehen.

Die Delegiertenversammlung fasste die Nein-Parole zum Rebbaubeschluss – als einzige bürgerliche Regierungspartei – und zu den Strassenbau- und AKW-Initiativen. Zustimmungen fanden hingegen der Energieartikel und die Revision des Strassenverkehrsgesetzes. Bei den Volksinitiativen zeigte sich eine gewisse Opposition der Frauen und des Nachwuchses: Der Vorstand der CVP-Frauen empfahl die Ja-Parole zur Moratoriumsinitiative und die Junge CVP unterstützte die Kleeblattinitiativen.

Die Bemühungen, der Partei ein attraktives Image zu verleihen und damit dem Wählerschwund ein Ende zu setzen, mündeten unter anderem in die Erarbeitung von **verschiedenen Thesenpapieren**, so beispielsweise zur Stellung der Medienschaffenden; darin wurde eine Stärkung der Rechte der Journalisten, eine offene behördliche Informationspraxis, aber auch eine

Aufwertung der journalistischen Ethik gefordert. Ebenso erarbeitete die Partei Berichte und ausführliche Stellungnahmen zu den Bereichen Gentechnologie, neue Armut und Bildung.

Bei den **kantonalen Wahlen** setzte die CVP ihren seit 1987 anhaltenden negativen Trend fort und büsste überall ausser in Obwalden Wähleranteile und Sitze ein. Auch in Winterthur und vor allem in der Stadt Zürich verlor sie weiter an Boden.

Christlichsoziale (CSP)

Im Kanton **Baselland** haben sich innerhalb der CVP die Christlichsozialen zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen. Ziel dieser Gruppe ist es, die kantonale Mutterpartei auf eine Politik der Ökologie und der Solidarität zu verpflichten. Insgesamt existieren damit christlichsoziale Arbeitsgruppen resp. Bewegungen und Parteien in den Kantonen Baselland, Freiburg, Graubünden, Jura, Obwalden, St. Gallen, Solothurn, Thurgau, Wallis und Zürich. Die 1957 gegründete Christliche Sozialbewegung (CSB), die im wesentlichen von der Christlichsozialen Parteigruppe, dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung getragen wird, hat sich ein neues Leitbild mit Einbezug aller aktuellen gesellschaftlichen Themen, wie z. B. Umweltpolitik, Gleichberechtigung oder Friedenspolitik, gegeben.

1991

In einem Grundsatzpapier mit dem Titel "**Grundzüge der Wirtschaftspolitik der CVP für die 90er Jahre**" versuchte die Partei, konstruktive und konsensfähige Lösungen für die Herausforderungen der 90er Jahre zu erarbeiten. Darin äusserten die Verfasser den Willen, sich für eine ökologisch orientierte, soziale Marktwirtschaft einzusetzen und forderten gleichzeitig die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Laut dem Vizepräsidenten der CVP-Studiengruppe, Peter Buomberger, bilden der Ausgleich und Konsens zwischen den Sozialpartnern und letztlich derjenige zwischen Mensch, Wirtschaft und Umwelt das Fundament der CVP-Wirtschaftspolitik. Ein ähnliches Standpunkt-Programm hatte die CVP schon 1986, mit Blick auf die Wahlen im Herbst 1987, veröffentlicht.

Hinsichtlich der **eidgenössischen Abstimmungen** fasste die CVP die Ja-Parole zum Stimm- und Wahlrechtsalter 18, zur Militärstrafgesetzsrevision (Barras-Reform) und zur Bundesfinanzvorlage, empfahl der Wählerschaft jedoch ein Nein zur Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ("SBB-Initiative").

In einem **Thesenpapier zur Wohnpolitik** forderte die Partei einerseits marktwirtschaftlich wirksame Mechanismen in der Preisgestaltung des Immobilienmarktes, andererseits aber auch verschiedenste Instrumente staatlicher Intervention zugunsten eines sozialen Ausgleichs; im übrigen schlug sie die Gründung einer eidgenössischen Hypothekarbank vor.

Bei der Ausarbeitung des **neuen Parteiprogramms**, das den Titel "Zukunft für alle" trägt, versuchte die Programmkommission unter der Leitung von Ständerat Cottier (FR) einerseits, die Positionen der verschiedenen Flügel innerhalb der Partei auf einen Nenner zu bringen,

andererseits aber auch die Attraktivität der schon seit Jahren an einer starken Erosion leidenden Partei durch eine Anpassung an neue soziale Gegebenheiten zu erhöhen. So wurde die Umschreibung der Familie als ein tragendes Fundament unserer Gesellschaft, welche noch im Programm von 1987 eine zentrale Stellung innehatte, durch eine Formulierung, die auch andere Gemeinschaftsformen als diejenige der traditionellen Familie befürwortet, ersetzt. Während das "Solothurner Programm" von 1987 als Schwerpunkt die drohende Umweltzerstörung thematisiert hatte, wurde das neue **Programm weitgehend durch bestimmte Bereiche der internationalen Politik geprägt**: Einerseits forderte die CVP im Rahmen der europäischen Integrationspolitik den Bundesrat auf, nach dem Abschluss der EWR-Verhandlungen ein EG-Beitritts-gesuch zu stellen. Andererseits soll die Sicherheits- und Neutralitätspolitik im veränderten europäischen Umfeld neu definiert werden; ebenso sollen Lösungsansätze in der Migrations- und Asylproblematik durch ein striktes Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial gesucht werden. Die innenpolitischen Schwerpunkte im Programm betrafen die Landwirtschafts- und Umweltpolitik, die Gentechnologie, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie einzelne Problembereiche aus der Sozialpolitik. Die Delegiertenversammlung vom 4. Mai in Weinfelden (TG) verabschiedete das Programm; in der Asylpolitik verlangten die Delegierten zudem eine Straffung des Verfahrens, lehnten jedoch einen Vorstoss der zürcherischen CVP für eine Beschränkung der Asylbewerberzahl auf 25 000 deutlich ab. Die Forderung nach einem **Europa der Regionen** bildete den Schwerpunkt am Parteitag in Basel.

Vor den Wahlen brachte die Parteipräsidentin Eva Segmüller (SG) ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die schlechten Prognosen für ihre Partei zusätzliche Kräfte mobilisieren würden; dies war jedoch nicht der Fall. Die CVP erlitt bei den **Nationalratswahlen** eine Einbusse von 1,5 Prozentpunkten bei den Wähleranteilen und sank auf 18,2% (inklusive CSP-Listen in LU, SZ, SG, VS) ab; in sechs Kantonen verlor sie sieben Sitze und gewann nur in einem ein Mandat neu hinzu. Im Ständerat verlor sie zwei weitere Sitze (SZ, TI), nachdem 1990 schon in Glarus der christlichdemokratische Sitz an die FDP gegangen war.

Wie die **VOX-Analyse** aufzeigte, ist die **Wählerschaft** der CVP überaltert; mehr als ein Fünftel der Wählerschaft ist im Rentenalter, der grösste Teil wird durch die Kategorie der 40-64jährigen gebildet. Obwohl der Anteil der Bauern weiter zurückging, blieb die CVP eine Partei der ländlichen Gebiete, und das katholische Fundament der Politik bildet weiterhin ihre unbestrittene Basis. Der Rückgang der CVP-Wählerschaft machte sich vor allem in den durch populistischen Protest geprägten Kantonen Tessin, Aargau, Zürich, St. Gallen und Solothurn bemerkbar.

Kurze Zeit vor dem im November stattfindenden Parteitag in Freiburg, an welchem die Delegierten im übrigen eine **Frauenquote** für die nationalen Parteigremien (Delegiertenversammlung, Vorstand und Präsidium) von mindestens einem Drittel guthiessen, kündigten sowohl Parteipräsidentin Segmüller als auch Fraktionspräsident Vital Darbellay (VS) ihren Rücktritt an; neuer Fraktionschef wurde Nationalrat Peter Hess (ZG), und für das **Parteipräsidium** wurde im Berichtsjahr Ständerat **Carlo Schmid** (AI) durch die Parteispitze **nominiert**.

Christlich-soziale Parteien in der CVP

Im Kanton Schwyz wurde die christlich-soziale Parteigruppe neu gegründet, nachdem sie 1971

zusammen mit der Katholisch-Konservativen Partei zur CVP zusammengeschmolzen worden war. Sie beteiligte sich auch mit einer eigenen Liste – verbunden mit derjenigen der CVP – an den Nationalratswahlen. Die Bestrebungen der CSP Uri, sich von der Mutterpartei loszusagen, führten im Berichtsjahr noch zu keinem Entscheid. Im Kanton Luzern konnte die CSP ihren Sitz im Parlament verteidigen, ebenso bei den Luzernischen Stadtwahlen.

1992

Zu Beginn des Berichtsjahres wählte die Delegiertenversammlung den eher zum rechten Parteiflügel gehörenden Innerrhoder Ständerat und Landammann Carlo Schmid als Nachfolger von Eva Segmüller (SG) zum **Parteipräsidenten**. Schmid war auf eidgenössischer Ebene vor allem durch die Leitung der Parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Vorkommnissen im EMD (PUK II) bekannt geworden.

Als Nachfolger des seit 1988 im Amt stehenden **Parteisekretärs** Iwan Rickenbacher wurde im Herbst Raymond Loretan, bisheriger Europadelegierter des Kantons Wallis und ehemaliger persönlicher Mitarbeiter Bundesrat Kollers, gewählt.

Anlässlich der Beratungen des Nationalrats zur **Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen** des Typs F/A-18 offenbarte sich in der CVP-Fraktion eine Spaltung; nur die Hälfte der Anwesenden stimmten für den Kauf der 34 F/A-18, während zehn dagegen stimmten und sechs Stimmhaltung übten. Die CVP unterstützte darauf den Aufschub der politisch umstrittenen Vorauszahlungen für das Kampfflugzeug. In der Schlussabstimmung stimmten dann noch acht gegen den Kauf der Kampfflugzeuge, drei enthielten sich der Stimme.

In der **Drogenpolitik** unterstützte die CVP den bundesrätlichen Entwurf der Verordnung zur Drogenprävention, welcher die medizinisch kontrollierte Abgabe von Drogen an Süchtige vorschlug. Die Partei stellte jedoch klar, dass eine derartige Abgabe nur im Extremfall praktiziert werden solle und bloss eine Übergangslösung darstelle.

Gemeinsam mit der CVP, der SVP und der LP reichte die Fraktion Motionen zur Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes Schweiz ein.

Im Gegensatz zur nationalen Parteiparole betreffend den **Verfassungsartikel über die Fortpflanzungs- und Gentechnologie** fassten drei Kantonalsektionen (SO, SG, VS) sowie der Vorstand der CVP-Frauen Schweiz und die Präsidentinnen der kantonalen CVP-Frauenorganisationen die Nein-Parole. Parteiinterne Opposition gab es auch gegen die Ja-Parole zum revidierten Gewässerschutzgesetz: zehn Kantonalsektionen empfahlen diesen Beschluss zur Ablehnung.

Bevor die Delegiertenversammlung der CVP ihre Parole zur **EWR-Abstimmung** gefasst hatte, sprachen sich die CVP-Frauen Schweiz mit 41 zu 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen für den Beitritt zum EWR aus. Eine Woche später fasste die DV mit 270:29 Stimmen ebenfalls die Ja-Parole. In der Folge wichen nur zwei Kantonalsektionen (OW, NW) von der eidgenössischen Parole ab.

Die CVP zog ihre 1990 lancierte Volksinitiative "**Zivildienst** für die Gemeinschaft" kurz vor Ablauf der Frist zurück und unterstützte den Verfassungsartikel zum Zivildienst, welcher im Mai zur Abstimmung gelangte.

Bei den kantonalen und kommunalen **Wahlen** erlitt die CVP wiederum massive Sitzeinbussen, vor allem im Kanton und in der Stadt St. Gallen sowie in Uri. In den Regierungen konnte sie ihre Mandate hingegen verteidigen.

Christlich-soziale Parteigruppen in der CVP

Die christlich-sozialen Parteigruppen der Kantone Aargau und Obwalden unterstützten im Gegensatz zur Mutterpartei die Krankenkasseninitiative, welche laut ihrer Begründung mit der christlichen Sozialbewegung in Einklang stehe. CSP-Parteigruppen und Vereinigungen, welche in den CVP-Kantonalparteien integriert sind, existieren in den Kantonen AG, GE, SZ, SO, SG, TG, UR, ZH sowie in den Städten Zug und Schaffhausen. Die CSP Oberwallis und die CSP Obwalden sind selbständige CSP-Kantonalparteien, welche direkt in die CVP Schweiz integriert sind.

1993

Von allen Regierungsparteien leidet die CVP seit einigen Jahren am meisten an Wählerschwund und, unter anderem durch den gesellschaftlichen Wertewandel bedingt, an allgemeinem Attraktivitätsverlust in der Bevölkerung. Um in der politischen Mitte ihre **Integrations- und Klammerfunktion** wieder verstärkt auszuüben, versuchte sie nach der Ablehnung des EWR-Vertrages mit einem durch ihre Studienkommission für Wirtschaftspolitik ausgearbeiteten Massnahmenkatalog das bundesrätliche Revitalisierungsprogramm zu unterstützen und dadurch eine Vorreiterrolle innerhalb der bürgerlichen Regierungsparteien zu übernehmen. Einzelne Exponenten erwogen allerdings auch die Möglichkeit, die Partei wieder in die beiden konservativen und christlichsozialen Flügel als eigenständige Parteiorganisationen wie vor 1971 aufzuspalten. Konkrete Massnahmen zur Behebung des Malaise waren die Verbesserung der Kommunikation sowohl innerhalb der Partei als auch zwischen Parteiapparat und Wählerschaft sowie die Neuorganisation des Generalsekretariats.

In bezug auf die **Drogenproblematik** forderte die CVP an einer Tagung eine stärkere Führungsrolle des Bundes und verlangte die Ablösung des Betäubungsmittelgesetzes durch ein umfassendes Suchtpräventionsgesetz, wozu sie auch eine Fraktionsmotion einreichte. In ihrem 21 Thesen umfassenden Grundlagenpapier konnte sie jedoch nichts grundlegend Neues vorschlagen.

In einem **Thesenpapier** für mehr Wettbewerb, flexibleren Arbeitsmarkt, bessere Bildung und Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit von Frauen, Jugendlichen und älteren Arbeitnehmern versuchte die Partei, auf verschiedene Forderungen nach Revitalisierung des schweizerischen Arbeitsmarktes einzugehen. Die nach der Ablehnung des EWR-Vertrags eingereichte und vom Nationalrat teilweise überwiesenen **Motion zur Verbesserung der Rahmenbedingungen** verlangte Verbesserungen im Bereich des Bildungs- und Forschungsstandortes Schweiz, die Vermeidung von Diskriminierungen bezüglich Berufsausübung und Diplomanerkennung innerhalb

der Schweiz, die Beschleunigung von Bewilligungs- und Einspracheverfahren, die schnellere Erschliessung von Bauland sowie Erleichterungen der Kapitalbeschaffung. Diskussionslos überwies der Nationalrat auch die zum gleichen Zeitpunkt eingereichten Motionen der CVP-Fraktion zum Abbau von Marktzutrittsbarrieren sowie zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik. Eine Motion zur Finanzierung von Risikokapital für kleine und mittlere Unternehmen wurde als Postulat überwiesen.

Nach der FDP und der SVP setzte auch die CVP einen Schwerpunkt in ihrer Politik auf die **innere Sicherheit**. Die Delegiertenversammlung hiess Ende Oktober ein Thesenpapier gut, welches unter anderem Massnahmen in den Bereichen Strafnormen gegen das organisierte Verbrechen, Zwangsmassnahmen gegen kriminelle Ausländer sowie präventive Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit vorsieht.

Der schwelende **Konflikt zwischen konservativen Teilen der CVP und Gewerkschaftskreisen** trat anlässlich der Delegiertenversammlung im August, an welcher unter anderem bei der Parolenfassung zur Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) auch über die zukünftige Ausgestaltung der ALV diskutiert wurde, offen zutage. Dabei schlug die Parteikommission Wirtschaft und Finanzen unter der Leitung von Peter Buomberger, Chefökonom bei der Schweizerischen Bankgesellschaft, vor, nur noch einen Minimalbetrag des Einkommens über die ALV zu versichern, die restliche Vorsorge aber falls gewünscht über private Versicherungen abzuwickeln.

In der **Stadt Zürich** kam der seit längerer Zeit bestehende **Zwist zwischen CVP und der ebenfalls** zur CVP gehörenden **CSP** zum Vorschein. Anlässlich der Nomination für die stadtzürcherischen Exekutivwahlen, welche im März 1994 stattfinden, verweigerte die Präsidentenkonferenz der städtischen CVP dem Bisherigen Willy Küng die Nominierung für eine weitere Amtsperiode. Anlass für diese Verweigerung bildete einerseits der Vorwurf der parlamentarischen Untersuchungskommission, welche Küng für Fehler bei der Führung der städtischen EDV-Abteilung verantwortlich gemacht hatte. Andererseits wurde ihm von der Präsidentenkonferenz vorgeworfen, in wichtigen Fragen systematisch mit den rot-grünen Parteien zu stimmen. In ihren Augen würden dadurch die Werte der CVP zu stark in den Hintergrund rücken. Als Küng darauf von der CSP-Gruppe für die Kandidatur nominiert wurde, schloss ihn die CVP aus der Partei aus.

Im Gefolge der Bundesratsersatzwahl forderten die **CVP-Frauen Schweiz** die Einführung von Quoten für beide Geschlechter auf allen Stufen der Parteihierarchie und in allen Gremien. In der Frage der Unterstützung der im Berichtsjahr lancierten Volksinitiative für Geschlechterquoten in den Bundesbehörden blieben die CVP-Frauen jedoch gespalten.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** wurden von den Delegiertenversammlungen dieselben Parolen ausgegeben wie von der FDP. Sämtliche Parlamentsbeschlüsse wurden unterstützt, die Volksinitiativen hingegen, mit Ausnahme jener für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag, abgelehnt. Die Kantonalsektionen befolgten die Parolen relativ treu: Im Falle der Treibstoffzollerhöhung scherte nur der Kanton Waadt aus und bei der 1. August-Initiative die Sektionen Aargau, Jura und Oberwallis.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die CVP den seit mehreren Jahren anhaltenden Erosionsprozess nicht stoppen. Mit insgesamt 13 Sitzverlusten verlor sie auch ihre Position als gesamtschweizerisch stärkste Partei in den kantonalen Parlamenten an die FDP.

1994

Der seit 1992 amtierende CVP-Präsident **Carlo Schmid** trat im Februar überraschend zurück, nicht zuletzt aufgrund parteiinterner Differenzen etwa in der Europafrage. Als sein Nachfolger wurde fast einstimmig der Freiburger Ständerat und bisherige CVP-Vizepräsident **Anton Cottier** gewählt. Cottier soll in der Partei eine integrative Funktion ausüben und den Wähleranteil der CVP auf Bundesebene wieder über die 20%-Marke bringen. Als neue Vizepräsidentin wurde Rosmarie Zapfl (ZH) gewählt. In der Freiburger CVP, die Cottier bisher präsidierte, wurde mit Nicole Zimmermann erstmals eine Protestantin an die Spitze einer CVP-Kantonalpartei gewählt.

Die CVP stellte im Berichtsjahr ein **neues Marketingkonzept und Schwerpunktprogramm** vor, mit dem sie mehr Profil gewinnen und den seit Jahren anhaltenden Wählerverlust eindämmen will. Neu will die CVP nicht mehr "Partei der Mitte", also die mathematische Mitte zwischen links und rechts, sondern "**moderne Partei des Zentrums**" sein, die auch Wähler in den Agglomerationen anspricht. Ein neues, orange-violettes Logo unterstreicht den neuen Kurs der Partei. Die CVP postulierte in ihrem neuen Schwerpunktprogramm drei Handlungsmaximen: die Bewahrung der Schöpfung, die Gleichstellung der Frauen und die neue Solidarität. Daraus leitete sie die drei Schwerpunkte Stärkung der Familie für eine solidarische Gesellschaft, soziale Marktwirtschaft im Dienste des Menschen und nationale Identität und Öffnung der Schweiz ab. Das neue Parteiprogramm, zu dem die 1300 Ortsparteien konsultiert worden waren, wurde am ausserordentlichen Parteikongress im Mai bei nur einer Gegenstimme angenommen.

Im Rahmen des Schwerpunktes Familienförderung und als Beitrag zum internationalen Jahr der Familie forderte die CVP in einem **Manifest "Mehr Familie – mehr Gesellschaft – mehr Solidarität"** eine Modernisierung des Familien-Begriffes und eine Ausweitung auf alleinerziehende Eltern und Drei-Generationen-Familien. Weitere Postulate sind unter anderem die unverzügliche Einführung der Mutterschaftsversicherung, die Angleichung der Kinderzulage in den Kantonen, die Anerkennung der Familienarbeit durch die Sozialversicherungen, die Beseitigung von Steuervorteilen unverheirateter Paare sowie die Einführung von Blockzeiten in der Schule. Daneben schlug die Partei vor, dass sämtliche politischen Entscheide von Bund, Kantonen und Gemeinden durch neu einzurichtende ständige Organe auf ihre Familienverträglichkeit hin zu prüfen seien. Auf Antrag von Carlo Schmid erhielt das Manifest nur unverbindlichen Charakter und soll als Diskussionsgrundlage dienen.

Auch die CVP präsentierte ein **Sanierungsprogramm**, um dem Defizit in der Bundeskasse zu Leibe rücken. Mehreinnahmen sind für die Partei so lange kein Thema, bis das Sparpotential ausgeschöpft ist. In einem Sofortprogramm, mit dem für 1996 2,3 Mia Fr. gespart werden sollen, forderte sie als Hauptmassnahmen die Fortsetzung der linearen Beitragskürzungen, Kürzungen bei den Besoldungs- und Militärausgaben und bei der Prämienverbilligung der Krankenversicherung.

Exponenten der CVP schlugen die Aufnahme eines "**Europa-Artikels**" in die Bundesverfassung vor, in dem die Rolle der Schweiz beim Aufbau Europas definiert werden soll. Als in die Bundesverfassung aufzunehmende Ziele wurden die Förderung der Vielfalt und Eigenständigkeit der europäischen Länder und Regionen unter Wahrung der nationalen Interessen, die Erhaltung von Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie der Einsatz für eine marktwirtschaftliche Ordnung auf der Grundlage der Sozialpartnerschaft und dem Umweltschutz vorgeschlagen. Die Idee eines Europa-Artikels wurde auch als Gegenvorschlag zu den beiden hängigen Europa-Volksinitiativen gehandelt. Die Frage eines EWR- oder EU-Beitritts liess die CVP jedoch offen.

In der **Drogenfrage** signalisierte die Partei eine gewisse Öffnung und schloss sich der Arbeitsgruppe Drogenpolitik von FDP und SP an.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** beschloss die CVP die selben Parolen wie die FDP und blieb damit ebenfalls bei allen 13 Vorlagen bundesratstreu. Die meisten kantonalen Abweichungen von der Mutterpartei ergaben sich beim Krankenversicherungsgesetz, welches 12 Kantonalsektionen ablehnten. Die Alpeninitiative befürworteten sieben, vorwiegend innerschweizerische Kantonalsektionen.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die CVP den seit Jahren anhaltenden Erosionsprozess stoppen. Dank fünf Sitzgewinnen in Ob- und Nidwalden verlor sie gesamtschweizerisch lediglich einen Parlamentssitz und konnte einen Regierungssitz dazugewinnen.

1995

Mit dem freisinnigen Bekenntnis zu einem langfristigen EU-Beitritt brach der europapolitische Burgfrieden der beiden Bundesratsparteien CVP und FDP. Als einzige Bundesratspartei bezog die CVP im Wahljahr **keine klare Position zur Europafrage** und plädierte für einen etappenweisen Weg, wobei die bilateralen Verhandlungen die erste Etappe darstellten. Bereits im Februar hatte CVP-Präsident Anton Cottier an einem Parteitag in Lausanne allerdings für 1996 eine Volksabstimmung gefordert, um der Integrationspolitik eine neue demokratische Legitimation zu verschaffen. Den anderen Bundesratsparteien warf die CVP in der Europapolitik wahltaktische Manöver vor.

Verstärkt versuchte die CVP, sich als **Partei des Mittelstandes** zu profilieren. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution verlangte sie bessere Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen durch Steuerentlastungen, einen leichteren Zugang zur Forschung und einen Abbau an Bürokratie. In einem Leitbild zur Landwirtschaft forderte die CVP ausserdem die schrittweise Anpassung der Preise an die Marktverhältnisse, ohne mit der Abgeltung von Zusatzleistungen zu brechen. Vom Bundesrat verlangte sie einen klaren Fahrplan zur Umsetzung der geplanten Agrarreform.

Als erste Bundesratspartei griff die CVP die anstehende **Revision der Bundesverfassung** auf und stellte diese ins Zentrum eines Parteitages in Olten. Unter dem Motto "Wir schmieden die Zukunft" forderte sie einen Städteartikel in der Verfassung, der die Städte und Agglomerationen institutionell stärken soll. Weiter schlug sie einen Verfassungsartikel vor, der dem Bund mehr

Koordinationskompetenzen im Hochschulbereich geben soll. Die Partei machte sich ausserdem für Reformen in der Berufslehre stark und möchte der sinkenden Bereitschaft der Wirtschaft, Lehrlinge auszubilden, mit einem steuerlichen Lastenausgleich entgegen wirken.

Heftige, auch parteiinterne Kritik provozierte ein Vorschlag der CVP, wonach die **ausländische Wohnbevölkerung auf 20% begrenzt** werden solle. Die Partei musste sich vorwerfen lassen, aus wahltaktischen Gründen Anliegen rechtsextremer Kreise aufzunehmen. Auf Druck der Walliser und Freiburger Kantonalparteien musste die CVP ausserdem im November ihre **Vernehmlassung zur Neat widerrufen**, in der sie der Gotthard-Achse gegenüber der Lötschberg-Achse Priorität eingeräumt hatte. Die CVP korrigierte sich und sprach sich neu wieder für die gleichzeitige Realisierung der Achsen aus. Parteipräsident Anton Cottier wurde aber Führungsschwäche vorgeworfen.

Bei den kantonalen Wahlen 1995 verlor die CVP insgesamt neun Sitze, was dazu beitrug, dass die Partei in den Medien überwiegend **als Verliererpartei dargestellt** wurde. Auf eidgenössischer Ebene blieb die CVP mit nur einer Sitzeinbusse und einem Wählerverlust von 1,2% (neu: 16,8%) aber von der grossen Niederlage verschont. Allerdings drang die SVP in der Innerschweiz tief in CVP-Stammlande ein und näherte sich der CVP gesamtschweizerisch bis auf knapp 2% an. Mit Hugo Fasel (csp, FR) wechselte ausserdem der Chef der CVP-nahen Gewerkschaft CNG in die Fraktion der Grünen. Die CVP gestand Fehler im Wahlkampf ein und kündigte an, die **konfessionelle Öffnung forcieren** zu wollen, um im protestantischen Lager neue Wähler zu gewinnen.

1996

Nach nur zwei Jahren im Amt gab Parteipräsident **Anton Cottier**, dem auch parteiintern Profillosigkeit vorgeworfen wurde, seinen Rücktritt auf Anfang 1997 bekannt. Als Nachfolge nominierte die CVP im November ein Führungstrio mit Adalbert Durrer (OW) als Präsidenten und Rosmarie Zapfl (ZH) sowie François Lachat (JU) als Vizepräsidenten. Alle drei gehören erst seit 1995 dem Nationalrat an.

Die in den letzten Jahren wenig erfolgreiche CVP bekundigte den klaren Willen, ihren Rang als drittstärkste Partei vor der SVP zu verteidigen und den 1994 begonnenen **parteiinternen Erneuerungsprozess** zu vertiefen und zu beschleunigen. Drei Arbeitsgruppen gingen ans Werk; sie befassten sich mit der Zukunft der Partei (Gruppe Eugen David), mit der Programmatik (Gruppe Bruno Frick) und mit den eigentlichen Parteistrukturen (Gruppe Adalbert Durrer). Gestützt auf deren Vorarbeit wurden im November an einem Parteitag in Biel inhaltliche und organisatorische Neuerungen verabschiedet. Programmatisch präsentierte sich die CVP als jene aktive Gegenkraft zu den Parteien, die die Schweiz polarisierten und lähmten und betonte ihren Führungsanspruch im politischen Zentrum. Von der Rolle der Mehrheitsbeschafferin will sie wegkommen und vermehrt **eigenständige Positionen** erarbeiten. Im Wirtschaftsbereich reklamierte die CVP bezüglich der KMU-Politik (kleine und mittlere Unternehmen) die Führungsrolle; sie will ausserdem zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einen neuen "contrat social" initiieren. Als zweiten Schwerpunkt nannte die Partei die soziale und familiäre Sicherheit. Die Delegierten sprachen sich für Kinderzulagen von mindestens 200 Fr. pro

Monat aus sowie – gegen den Widerstand des Wirtschaftsflügels – für die Schaffung einer Mutterschaftsversicherung für Mütter im unteren und mittleren Einkommensbereich. Diese soll ohne zusätzliche Lohnprozente über die Erwerbersatzordnung finanziert werden. Andererseits sprach sich die CVP für eine Stabilisierung der schweizerischen Sozialleistungsquote auf dem heutigen Niveau aus. Ein allfälliger Ausbau einzelner Sozialwerke müsste folglich bei anderen kompensiert werden. Ihre Haltung gegenüber dem europäischen Einigungsprozess will die CVP 1997 endgültig klären.

In bezug auf die **organisatorischen Reformen** stimmte der Parteikongress dem Vorschlag zu, die CVP zur **Mitgliederpartei** zu machen. Eine zentral geführte Kartei soll künftig interne Urabstimmungen ermöglichen sowie die Initiativ- und Referendumskraft der Partei stärken. Weiter wurde beschlossen, den Parteivorstand zu stärken. Dieser soll künftig aus den Präsidenten der Kantonalparteien bestehen. Das Parteipräsidium wurde auf neun Personen reduziert. Knapp, mit 147 gegen 144 Stimmen, lehnten es die Delegierten aber ab, die Einführung einer **Holding-Struktur** mit einem C-Dach zu prüfen, welche den verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei – unter anderem CVP-Frauen, Christlichsoziale, Junge CVP, Senioren und Wirtschaftsflügel – mehr Autonomie gegeben hätte. Eine Mehrheit der Delegierten vertrat die Meinung, dass die Erhöhung der Teilautonomie der verschiedenen Parteigruppierungen einem starken Parteauftritt nicht förderlich wäre. Die Idee eines Wechsels des Parteinamens, die im Sommer diskutiert worden war, wurde in Biel nicht mehr vorgebracht.

Trotz den Bemühungen um ein klares Profil zerfiel die CVP bei der Abstimmung über das revidierte Arbeitsgesetz – der als **Kraftprobe zwischen Unternehmerinteressen und Arbeitnehmerschutz** eine hohe symbolische Bedeutung zukam – in zwei Lager. Während der wirtschaftsnahe Flügel das Gesetz unterstützte, stiess es beim christlichsozialen Flügel, bei den CVP-Frauen und bei vielen welschen Delegierten auf Opposition. Umstritten war dabei insbesondere auch die Sonntagsarbeit, welche als familienfeindlich taxiert wurde. Mit 120 zu 82 Stimmen beschlossen die Delegierten schliesslich die Nein-Parole und setzten sich damit der harschen Kritik der anderen bürgerlichen Parteien aus.

In einem Grundsatzpapier sprach sich die CVP für die Förderung der **Gentechnologie** aus, da diese medizinischen Fortschritt bringe und als Schlüsseltechnologie Arbeitsplätze schaffe. Dabei müssten aber die Würde des Menschen und die Integrität der Person respektiert werden. Unter anderem befürwortete die CVP die Erzeugung transgener Tiere bei der Erforschung von Krankheiten und Heilmitteln, die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen unter Wahrung strenger Sicherheitsvorschriften sowie die Patentierung. Verboten bleiben sollen alle Eingriffe in die menschliche Keimbahn, die das Erbgut des Menschen auf Dauer verändern. Die Genschutz-Initiative lehnte die CVP als zu starke Einengung der Forschung klar ab.

Eine Mehrheit der Kommission für soziale Sicherheit, Gesundheit, Familie und Sport der CVP sprach sich ausserdem für die Zulassung der **Abtreibungspille RU 486** als medikamentöse Alternative zum chirurgischen Schwangerschaftsabbruch aus, wobei die Verabreichung der Pille an strengste Auflagen geknüpft werden müsse. Ihre grundsätzlich ablehnende Haltung in der Abtreibungsfrage behielt die CVP bei.

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die CVP überall ausser im Kanton Uri an Sitzen ein; mit insgesamt 9 Parlamentsmandaten hielten sich die Verluste aber in Grenzen. In Basel-Stadt verlor die CVP ihren einzigen Regierungssitz und ist damit erstmals seit 1950 nicht mehr in der Basler Exekutive vertreten. In Nidwalden konnte sie dafür der FDP einen Exekutivsitz abnehmen.

1997

Zu Beginn des Jahres wurde Nationalrat **Adalbert Durrer** (OW) als Nachfolger von Anton Cottier (FR) erwartungsgemäss und einstimmig zum neuen CVP-Präsidenten gewählt. Rosmarie Zapfl (ZH) wurde als Vizepräsidentin bestätigt und François Lachat (JU) neu zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Neuer Generalsekretär wurde nach dem Rücktritt von Raymond Loretan der Journalist **Hilmar Gernet**.

An einer Delegiertenversammlung in Luzern stellten die **CVP-Frauen** die von der Mutterpartei jahrzehntelang vertretene Ablehnung des Schwangerschaftsabbruchs radikal in Frage, indem sie sich mit 42 zu 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen **für eine Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch** von 14 Wochen und damit für die parlamentarische Initiative Haering Binder (sp, ZH) aussprachen. Die CVP hatte sich bisher konsequent sogar gegen eine soziale Indikation gewehrt und im Schwerpunktprogramm von 1994 nur die medizinische und juristische Indikation verankert. Die CVP-Frauen kritisierten insbesondere die unterschiedliche Handhabung der Gesetzesbestimmungen in den einzelnen Kantonen und verlangten die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Gleichzeitig forderten sie, dass Verhütungsmittel leicht zugänglich und kassenpflichtig werden müssten. Der Entscheid der innerhalb der Partei zu einer eigenständigen Kraft erstarkten CVP-Frauen stellte die Gesamtpartei vor eine **Zerreissprobe**. Sie vertagte die heikle Schwangerschaftsabbruch-Debatte auf eine ausserordentliche Delegiertenversammlung im August und setzte eine von der Solothurner Ständerätin Rosmarie Simmen präsidierte Arbeitsgruppe ein. Diese arbeitete zwei Modelle für einen straflosen Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen aus: Während das "Schutzmodell mit Beratungspflicht" den Entscheid nach einer obligatorischen Beratung letztlich der Frau selbst überlassen wollte, hätte das "Indikationenmodell" Abtreibung nur bei einer medizinischen Notlage, nach einer Vergewaltigung oder bei Inzucht erlaubt, wobei eine Fachperson diesen Entscheid getroffen hätte. Nachdem eine Mehrheit der CVP-Bundeshausfraktion das Indikationenmodell unterstützt hatte, entschieden sich die **CVP-Delegierten** im August mit 182 zu 91 Stimmen **überraschend für das Schutzmodell**. Die CVP-Frauen, deren oberstes Ziel es war, dass der Abtreibungsentscheid letztlich bei der Frau liegt, zeigten sich mit dem Kompromissvorschlag zufrieden. Im November war das CVP-Modell in der vorberatenden Kommission des Nationalrates dann allerdings chancenlos; diese sprach sich für den straflosen Schwangerschaftsabbruch in den ersten 14 Wochen aus. Damit ist die CVP weiterhin im Dilemma. Immerhin machte der Entscheid der CVP klar, dass sich die Partei **weiter vom konservativ-katholischen Wählersegment löst** und die konfessionelle und gesellschaftliche Öffnung, die sie nach den verlorenen Nationalratswahlen 95 ankündigte, ohne Rücksicht auf kurzfristige Wählerverluste auch umsetzen will.

In der zweiten Hälfte des Jahres führte die CVP eine **Befragung zum Thema Europa** durch. Die Parteimitglieder sollen sich bis im Januar 1998 zu möglichen Integrationsschritten äussern. Im April 1998 will die CVP an einem Parteitag ihren europapolitischen Kurs festlegen.

Die CVP sprach sich für eine Stabilisierung der Sozialleistungsquote auf dem heutigen Niveau und – wie die FDP – für einen **Umbau des Sozialversicherungssystems** aus. Gemäss CVP müssen sich die Sozialwerke künftig auf die Deckung der Grundbedürfnisse ausrichten, dafür könnten noch bestehende Lücken wie die Mutterschaftsversicherung und die Vereinheitlichung der Familienzulagen geschlossen werden. Um soziale Umverteilungen einfacher realisieren zu können, schlug sie die Schaffung eines einzigen Fonds zur Finanzierung aller Sozialversicherungszweige vor, der durch Verbrauchssteuern wie die künftige Spielbankensteuer, eine Energiesteuer oder andere Lenkungsabgaben zusätzlich alimentiert werden soll. Die Erhebung weiterer Lohnprozente lehnte sie ab. Bei der AHV regte die CVP den Übergang zu einer einkommensunabhängigen Einheitsrente an. Für die Arbeitslosenversicherung soll ein Zwei-Säulen-Konzept geprüft werden, das die Grundsicherung (Minimalrente) klar von Ergänzungsleistungen zur Beibehaltung des Lebensstandards trennt.

Eine CVP-Arbeitsgruppe legte ausserdem Massnahmen zur **Senkung der Gesundheitskosten** vor, zu deren wichtigsten Forderungen die Plafonierung der Arzthonorare und der Ärztedichte gehören. Die Spitalsubventionen sollen in Falls subventionen umgewandelt und gemeinwirtschaftliche Leistungen wie Ausbildung oder Notfalldienst über Leistungsaufträge subventioniert werden, womit die automatische Defizitdeckung durch die Kantone wegfallen würde. Im Spitex-Bereich unterstützte die CVP-Arbeitsgruppe einen Leistungsstopp per Notrecht. Als mittel- und langfristige Massnahmen forderte sie mehr Bundeskompetenzen im Bereich Spitalplanung.

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die CVP insgesamt neun Sitze ein und war damit nach der Freiheits-Partei zweitgrösste Wahlverliererin. Im Wallis und in Genf musste sie ausserdem je einen Regierungssitz an die SP abgeben.

1998

Nach rund siebenjähriger Tätigkeit trat der Zuger Nationalrat Peter Hess als Präsident der CVP-Bundeshausfraktion zurück. Er begründete seinen Schritt u.a. damit, dass ein periodischer Wechsel in wichtigen Führungspositionen notwendig sei und die Erneuerung der Parteispitze nach der Neubesetzung des Präsidentenamtes (Durrer) und der Wahl des Generalsekretärs (Gernet) von 1997 abgeschlossen werden müsse. Auf Vorschlag der "Groupe Latin" wurde der Genfer Nationalrat **Jean-Philippe Maitre** mit 23 zu 19 Stimmen vor dem Freiburger Joseph Deiss **zum neuen Fraktionschef gewählt**.

Am Europakongress vom 4. April in Basel sprach sich eine **Mehrheit der CVP-Delegierten** unerwartet klar **für einen EU-Beitritt** aus. In einer Resolution forderte sie den Bundesrat auf, Beitrittsverhandlungen mit der EU vorzubereiten, hielt aber daran fest, dass dem Abschluss der bilateralen Verhandlungen und deren Annahme durch das Volk in einem allfälligen Referendum Priorität zukomme. Sie zeigte sich davon überzeugt, dass die politische Souveränität sowie

wirtschaftliche, soziale, kulturelle, bildungs- und forschungspolitische Interessen der Schweiz innerhalb der EU am effektivsten verteidigt werden könnten. Zugleich verwies sie in ihrer Resolution auf noch offene Fragen, wo Lösungen erarbeitet werden müssen. Sie erinnerte dabei an die Wahrung der direktdemokratischen Mitwirkungsrechte im Rahmen der EU-Entscheidungsprozesse, an die Erhaltung der Sozial- und Umweltstandards der Schweiz und an die Kompensation der Erhöhung der Mehrwertsteuer durch eine umfassende Reform des Steuersystems.

In einem Positionspapier zur Asylplattform formulierte die CVP ihre asylpolitische Grundhaltung. In Bezug auf die aktuelle Lage sprach sie sich **für eine vorübergehende Aufnahme der Kosovo-Flüchtlinge** sowie für **einen Armeeeinsatz** zur Unterstützung des Grenzwachtkorps und zur Flüchtlingsbetreuung aus. Als eigentliches Fundament der Asylplattform betrachtete sie die Verwirklichung des vom Parlament verabschiedeten Asylgesetzes sowie den dringlichen Beschluss über Massnahmen im Asyl- und Ausländerrecht. Auf aussenpolitischer Ebene stand für die CVP eine möglichst rasche Integration der Schweiz in die europäischen Harmonisierungsbestrebungen im Asylbereich sowie die vollumfängliche Mitwirkung an friedensunterstützenden Massnahmen der UNO und der OSZE im Zentrum.

Eine Woche nach der massiven Niederlage der CVP bei den Parlamentswahlen in Zug kündigte Parteipräsident Durrer anlässlich einer Delegiertenversammlung vom 31. Oktober in Muttenz an, das **Image als blosser Mehrheitsbeschafferin abzulegen** und vermehrt **“Krallen und Zähne” zu zeigen**. Trotz inhaltlicher, personeller und organisatorischer Erneuerung sei die erwünschte Trendwende bei der Wählergunst noch nicht herbeigeführt worden. Als Ursachen für die Krise ortete er interne Querelen, eine mangelnde Identifikation vieler Mandatsträger mit der Partei sowie den Mangel an profilierter Themenführerschaft. Die CVP nehme sich künftig das Recht heraus, bei Bedarf vermehrt Nein zu sagen, ohne der SVP die Rolle des ständigen Neinsagers streitig machen zu wollen. Für den Wahlkampf 1999 sollen die Prioritäten auf die Probleme der Arbeitslosigkeit, der Migrations- sowie der Sozialpolitik gelegt werden.

Bei den **kantonalen Wahlen** hielt der langsame Erosionsprozess der CVP unvermindert an: insbesondere in ihren Stammlanden verzeichnete sie teilweise massive Verluste. In den sieben Kantonen, in welchen Wahlen stattfanden, verlor sie insgesamt 10% ihrer Parlamentsmandate (15 Sitze). Ausserdem musste sie in Graubünden und Zug je einen Exekutivsitze an die SP bzw. SVP abtreten. In Nidwalden, wo die Regierung von neun auf sieben Sitze verkleinert wurde, büsste sie gar deren zwei ein. Schliesslich musste sie auch ihren Ständeratssitz im Kanton Obwalden an den Parteilosen Peter Hess abtreten.

1999

Ähnlich wie die FDP musste sich auch die CVP bei der Parole über die **Volksinitiative des Hauseigentümerverbandes** zwischen dem Festhalten an den finanzpolitischen Beschlüssen des Runden Tisches und den Interessen eines guten Teils ihrer Stammwählerschaft entscheiden. Die Delegiertenversammlung in Regensdorf (ZH) vom Januar beschloss mit 215 zu 68 Stimmen deutlich die Ablehnung des Volksbegehrens. Im Gegensatz zur FDP schlossen sich auch praktisch alle Kantonalparteien dieser Parole an.

Wenig umstritten war hingegen in der CVP die von den beiden anderen bürgerlichen Regierungsparteien bekämpfte **Mutterschaftsversicherung**. Die Delegiertenversammlung vom Mai in Sion beschloss mit 167:10 Stimmen die Ja-Parole. Nur gerade eine Kantonalpartei entschied sich gegen die Mutterschaftsversicherung. Umso grösser war in der CVP die Enttäuschung über das Verdikt des Volkes: Am deutlichsten abgelehnt wurde die Vorlage in den Hochburgen der CVP.

Von grosser Bedeutung für die CVP waren die **Rücktritte ihrer Bundesräte Koller und Cotti** nach jeweils zwölf Jahren Amtszeit **auf Ende April**. Der Rücktritt von Arnold Koller war erwartet worden. Dass nun auch Cotti sein Amt niederlegte, galt als Überraschung. Der CVP wurde vorgeworfen, sie wolle mit der Doppelvakanz ihre Partei vor den Wahlen ins Gespräch bringen und zudem ihre beiden Bundesratssitze auf längere Frist sichern. In der Presse wurden sogar Mutmassungen laut, die beiden Bundesräte würden nicht aus freien Zügen aus dem Amt zurücktreten. Die beiden Betroffenen und Parteipräsident Durrer (OW) bestritten jedoch jedes parteipolitische Kalkül. Dass einer der beiden Sitze von einer Frau besetzt werden sollte, galt parteiintern als unumstritten und wurde auch von breiten Kreisen der Öffentlichkeit erwartet. Die Kantonssektionen meldeten insgesamt sechs männliche und zwei weibliche Kandidaturen an. Dass sich darunter auch Parteipräsident Durrer befand, sorgte vor allem in den Reihen der CVP-Politiker der Westschweiz für einige Unruhe, sah man dadurch doch die Wahlchancen der eigenen Kandidaten (Deiss, FR und Roth, JU) gefährdet. Im März wählte die Bundesversammlung die **Innerrhoder Regierungsrätin Ruth Metzler** knapp vor der St. Galler Regierungsrätin Rita Roos als Nachfolgerin für Koller zur Bundesrätin **und den Freiburger Nationalrat Joseph Deiss als Nachfolger** für Cotti zum Bundesrat. Am 1. Mai übernahm Metzler das Justiz- und Deiss das Aussenministerium. Bei der Bestätigungswahl des Gesamtbundesrates im Dezember zahlte sich die Neubesetzung der beiden CVP-Sitze aus. Obwohl die CVP – gemessen am Wähleranteil – von der SVP überholt worden war, richtete sich deren Anspruch auf einen zusätzlichen Sitz nicht gegen die beiden Neuen der CVP, sondern gegen die SP.

Beim **Wahlparteitag** der CVP anfangs Juli in Hergiswil (NW) standen nicht inhaltliche Diskussionen und die Verabschiedung einer Wahlplattform im Vordergrund, sondern eine farbige Darstellung der Partei und ihrer Exponenten sowie mediengerechte Showeinlagen. Schwerpunkte der Parteiarbeit für die nächste Legislaturperiode (Familienpolitik und Förderung der KMU) wurden bei anderer Gelegenheit vorgestellt.

Nachdem die CVP bereits bei den kantonalen **Wahlen** ihren Krebsgang fortgesetzt hatte, war ihr Abschneiden bei den Nationalratswahlen ambivalent. Die Partei verlor zwar 0,9% Wählerstimmen (1995: 16,8%, 1999:15.9%), konnte aber trotzdem einen Sitzgewinn verzeichnen.

2000

Im August hatten die Delegierten über Statutenänderungen zu befinden: Zur Debatte stand eine **neue Führungsstruktur**. Das Präsidium wurde von zehn auf sieben Mitglieder reduziert, zusammengesetzt aus je mindestens drei Männer und drei Frauen. Gleichzeitig einigte man sich auf eine angemessene Vertretung aller vier Landesteile. Ebenso wurde der Parteivorstand von 100 auf 70 Mitglieder reduziert. Einmal jährlich soll ein Parteitag im Stile eines „Politik-

Happenings“ stattfinden.

CVP-Frauen-Präsidentin Brigitte Hauser-Süess gab Anfangs Februar ihre **Demission** bekannt. Auch ihr Amt als Grossrätin im Kanton Wallis stellte sie zur Verfügung, nachdem sie als Pressesprecherin ins BFF nach Bern berufen worden war.

In seiner Ansprache zum Nationalfeiertag vertrat Durrer die **These vom Ende der Konkordanz**. In kaum einem anderen Land würden Parteien mit mittlerweile derart unterschiedlichen Grundüberzeugungen (insbesondere in der Steuer-, Sicherheits- und Integrationspolitik) eine Regierung bilden. An die Stelle des offenen Dialogs sei ein aggressiver Politstil getreten. Durrer propagierte eine von Legislatur zu Legislatur neu zu bestimmende Regierungszusammensetzung, die aufgrund eines Basiskonsensus in zentralen Fragen gebildet werden müsste. Bei der Ersatzwahl für den SVP-Bundesrat Ogi vom Dezember zeigte allerdings die CVP-Fraktion kein Interesse an den Plänen der SP, die SVP aus der Regierung zu werfen.

Die CVP-Delegierten sprachen sich Ende März einstimmig **für die bilateralen Verträge mit der EU** aus. Bei der Parolenfassung für die Volksabstimmungen vom September verhielt sich die CVP als einzige Bundesratspartei regierungstreu und **befürwortete sowohl die Energielenkungsabgabe als auch die Förderabgabe**.

Als der Ständerat im September die **Fristenregelung ohne Beratungspflicht** dem CVP-Vorschlag vorzogen hatte, drohte CVP-Präsident Durrer mit einem Referendum. Der Ständerat hatte die Straflosigkeit von 14 auf 12 Wochen reduziert und schwangere Frauen zu einer schriftlichen Erklärung ihre Notlage verpflichtet. Gegen ein Referendum setzten sich allerdings die CVP-Frauen zur Wehr. Nationalrätin Dormann (LU) erklärte, man wolle bei einer Abstimmung lieber auf der Seite der ständerätlichen Variante stehen, als im Lager der Abtreibungsgegner.

Bei den **kantonalen Parlamentswahlen** konnte die CVP ihren bereits länger andauernden Erosionsprozess nicht stoppen. Besonders schmerzhaft war die Einbusse von acht Mandaten und der absoluten Mehrheit in Uri, einer Stammlande der Partei. Verlusten von einem oder zwei Sitzen in St. Gallen, Graubünden, Schaffhausen und Schwyz standen ebensolche Zugewinne in Basel und im Thurgau gegenüber. Bei den Regierungsratswahlen in St. Gallen hatte die Partei dagegen ein Mandat von der SP und im Aargau und in Basel-Stadt eines von der FDP geerbt.

2001

Im Januar bestätigten die Christlichdemokraten an ihrer Delegiertenversammlung in Bern vorerst nur Parteipräsident Adalbert **Durrer** sowie die Mitglieder des Vizepräsidiums Rosmarie **Zapfl** und François **Lachat** in ihren Funktionen. Während Fraktionschef Jean-Philippe Maître von Amtes wegen Einsitz im Präsidium nahm, sollten die restlichen drei Sitze erst an der nächsten Delegiertenversammlung vom Mai besetzt werden. Viele Kantonalsektionen forderten, die Leitung mit politischen Schwergewichten zu besetzen und die Partei politisch weiter rechts auszurichten, um der SVP Einhalt zu gebieten.

Ende Februar gründeten wertkonservative CVP-Parlamentarier um Nationalrat Hans Werner

Widrig (SG) und Ständerat Philipp Stähelin (TG) eine neue parlamentarische Untergruppe „**Werte und Gesellschaft**“, um den Mitte-Links-Kurs der Mehrheit der Fraktion zu korrigieren und um der SVP in den CVP-Stammlanden entgegenzutreten.

Mitte März gab Adalbert **Durrer** überraschend seinen **Rücktritt** als Parteipräsident und ab Herbst auch als Nationalrat bekannt. Er wechselte anschliessend als PR-Direktor zur Grossbank UBS. Bald wurde die Forderung laut, dass auch die beiden Vizepräsidenten, die wegen ihrer pro-EU Politik kritisiert wurden, neuen Leuten Platz machen müssten. Vom neuen Präsidium wurde verlangt, dass es die verschiedenen Strömungen der Partei vereinen könne.

Die für die Nachfolge zuständige Arbeitsgruppe unter der Leitung von Nationalrat Peter Hess nominierte den Thurgauer Ständerat **Philipp Stähelin als neuen Präsidenten** und schlug die St. Galler Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, den Tessiner Ständerat Filippo Lombardi und die Präsidentin der CVP Frauen und Nachfolgerin von Brigitte Hauser, Ida Glanzmann, als Mitglieder des CVP-Präsidiums vor. Der Walliser Nationalrat Jean-Michel Cina sollte im Hinblick auf die Erneuerungswahlen 2003 die Verantwortung für die Strategie- und Programmarbeit der Partei übernehmen. Mitte Mai bestätigten die CVP-Delegierten in Wil die neue Leitung und beriefen die Aargauer Nationalrätin Doris Leuthard anstelle von Rosmarie Zapfl ins Vizepräsidium. Damit wurden alle ursprünglich als Favoriten für die Nachfolge Durrers gehandelten Personen in die neue Parteileitung eingebunden.

Anfang April gab auch Generalsekretär Hilmar **Gernet** seinen Rücktritt bekannt, damit die neue Führung eine Person ihrer Wahl bestimmen konnte. Seine Nachfolge trat der protestantische 30-jährige Aargauer Reto Nause an, der durch sein provokatives Politmarketing Aufsehen erregt und Doris Leuthard auf Anhieb in den Nationalrat gebracht hatte. Für die CVP Aargau hatte er den 1991 verlorenen dritten Nationalratsitz zurückerobert und den Wähleranteil von 14% auf 16% gesteigert. Neue Pressesprecherin wurde die 25-jährige Aargauerin Béatrice Wertli; politischer Fraktionssekretär der Genfer Pierre-Antoine Gobet.

Überraschend beschlossen die CVP-Delegierten gegen die Empfehlungen von Bundesrat und Parlament und ihres Präsidenten Adalbert Durrer mit 189:148 Stimmen bei drei Enthaltungen die **Ja-Parole für die EU-Beitrittsinitiative**. Ausser Basel, Bern und Freiburg beschlossen alle übrigen CVP-Kantonalsektionen die Nein-Parole. Nach der Abstimmung gab sich Durrer überzeugt, dass die Ja-Parole der CVP Schweiz zu weiteren Stimmenverlusten an die SVP im **Aargau und in Solothurn** geführt habe.

Mitte März beschloss der CVP-Vorstand, das **Referendum gegen die Fristenregelung** zu ergreifen. Gleichzeitig beauftragte er die Fraktion, mittels einer parlamentarischen Initiative das CVP-Schutzmodell nochmals ins Gespräch zu bringen. Die CVP Frauen weigerten sich, das Referendum zu unterstützen, wollten sich aber auch nicht dagegen engagieren. Statt den geforderten 50 000 Unterschriften brachte die CVP lediglich 32 000 zustande. Für die Abstimmungskampagne erwog sie eine Zusammenarbeit mit der „Gesellschaft für den Schutz des ungeborenen Lebens“, die unter anderem von der EVP getragen wurde, distanzierte sich jedoch nicht klar von der aggressiven Kampagne der radikalen Abtreibungsgegner „Hilfe für Mutter und Kind“, was ihr Kritik einbrachte.

An der Delegiertenversammlung in Wil befürwortete die überwiegende Mehrheit der CVP die Streichung des **Bistumsartikels** und hiess die Militärgesetzrevisionen gut.

In einem Positionspapier zum **Service public** sprach sich die CVP dafür aus, dass der Bund die Mehrheit an den Swisscom-Aktien behalten sollte. Noch im Frühling hatte sie für den Verkauf optiert unter der Bedingung, dass der Bund mehr als einen Drittel aller Aktien als „Sperrminorität“ behalte.

Ende Juli forderte nach der SVP und der FDP auch die CVP überraschend die Planung einer zweiten **Tunnelröhre** durch den Gotthard, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Während die Nidwaldner und Schwyzer Christlichdemokraten den Vorstoss begrüsst, stiess er bei den Urnern und Luzernern auf Kritik. Sie monierten, dass die Forderung nicht breiter diskutiert und dass insbesondere Uri als betroffener Kanton zu wenig in die Meinungsbildung miteinbezogen worden war.

Anfangs August hielt der für Strategie und Kommunikation zuständige Jean-Michel Cina seiner Partei die **übereilten Positionsänderungen** der letzten Zeit zum Service public, der zweiten Gotthardröhre und in der Familienpolitik vor. Er forderte, einmal gefasste Standpunkte nicht ohne Not aufzugeben und Änderungen innerparteilich breit abzustützen, damit die CVP für die Wählerinnen und Wähler berechenbar bleibe.

Im November schlug die CVP als letzte Bundesratspartei neue Massnahmen für die **Reform der Krankenversicherung** vor. Die Spitäler müssten von den Kantonen gelöst und zu unabhängigen Unternehmen werden. Die Kantone hingegen sollten die Kassen entlasten, indem sie Einzelfälle von über 100 000 Fr. und die Kosten für die Reduktion der Kinderprämien übernehmen. Der aktuelle Leistungskatalog sei durch eine vom BSV unabhängige Zulassungsbehörde zu überprüfen.

Kurz vor Weihnachten präsentierte die CVP ihr **Agrar-Leitbild**. Sie wehrte sich gegen die Aufhebung der Milchkontingentierung und den Abbau der Marktstützung, da sie die Landwirtschaft als Teil des Service public betrachte. Bei den Direktzahlungen sollten Einkommens- und Vermögensobergrenzen beibehalten werden.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** büsste die CVP insgesamt fünf Sitze ein: Während sie im Wallis wieder ihre alte Stärke erlangte und vier Mandate hinzu gewann, musste sie im Aargau fünf und in Solothurn vier Sitze abtreten – in beiden Kantonen zugunsten der SVP. In den **Regierungsratswahlen** in Genf konnte die CVP einen zusätzlichen Sitz auf Kosten der FDP erringen.

2002

Anfang September gab der Genfer Nationalrat Jean-Philippe Maître seinen Rücktritt als **Fraktionschef** auf Ende Herbstsession bekannt. Er hatte die Fraktion vier Jahre lang geleitet. Zu seinem Nachfolger wählten die Christlichdemokraten mit dem Walliser **Jean-Michel Cina** ihr jüngstes Fraktionsmitglied. Der 39-jährige Cina ist seit 1999 Nationalrat und war 2001 als Kandidat

für die Nachfolge des zurücktretenden Parteipräsidenten Adalbert Durrer im Gespräch, verzichtete aber auf eine Kandidatur.

An ihrer Delegiertenversammlung vom Januar beschlossen die Christlichdemokraten mit lediglich einer Gegenstimme die Ja-Parole zur UNO-Beitrittsinitiative; die Volksinitiative zur 36-Stunden-Woche hatte der Vorstand zur Ablehnung empfohlen. Nach einer engagierten Diskussion verabschiedeten die Delegierten mit 143:66 Stimmen eine Resolution, welche die **Erweiterung des bundesrätlichen Gegenvorschlags zur Avanti-Initiative** verlangte. Der Urner Ständerat Hansueli Stalder, der unterstützt von der Jungen CVP den Verzicht auf die zweite Gotthardröhre gefordert hatte, war zuvor knapp unterlegen. Im Anschluss an die ordentliche Delegiertenversammlung führte die CVP mit einer Soirée des Délégués ein Polit-Happening mit kulinarisch-kulturellem Programm nach dem Vorbild der US-amerikanischen Parteitage durch, das gemäss Generalsekretär Reto Nause den inneren Zusammenhalt der Partei unterstreichen soll.

Im April beschlossen die CVP-Frauen mit Zweidrittelmehrheit gegen die Empfehlung der Parteileitung und der Fraktion die Ja-Parole zur Fristenregelung und unterstützten damit CVP-Bundesrätin Ruth Metzler. Eine Woche später sagten die Delegierten der CVP hingegen **Nein** sowohl **zur Fristenregelung** als auch zur Volksinitiative "für Mutter und Kind". Mit der Absage an die Fristenregelung wollten sie ihrem "Schutzmodell", das ein Beratungsobligatorium vorschreibt, zum Durchbruch verhelfen.

Nahezu einstimmig fasste die CVP im Juni die Ja-Parole zum Elektrizitätsmarktgesetz. Als erste Bundesratspartei verabschiedete sie im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen 2003 ihr neues **Leitbild "Gemeinschaft Schweiz"** mit den Themenschwerpunkten Familien-, Wirtschafts- und Ausländerpolitik. Nicht rechts, nicht links, sondern **"le parti suisse"** wolle die CVP sein, da sie im Kleinen abbilde, was die Schweiz im Grossen erfolgreich mache. Laut Generalsekretär Reto Nause strebt die CVP eine Steigerung des Wähleranteils von 15,9 auf 20,3% an. Im Rahmen der Kampagne zur Erreichung dieses hohen Ziels will sie unter anderem insgesamt 140 000 Geschenkartikel im Volk verteilen. Im August führte sie einem Probelauf für den Wahlkampf 2003 unter dem Motto "Aktion Sommerloch 2002" durch und verteilte 15 000 aufblasbare Plastikbälle in den Badeanstalten – in der Hoffnung, die "Marke CVP" national bekannt zu machen. 2003 wollen die Christlichdemokraten mit einem Wahlkampfmobil, das als mobile Bühne an Openair-Volksfesten dient, das Land durchqueren, um mit Strassenwahlkampf vermehrt Jungwählerinnen und -wähler in den Agglomerationen anzusprechen. Nause rechnet mit 1 bis 1,5 Mio Fr. für die Wahlkampagne, welche erstmals zentral vom Generalsekretariat aus geführt wird. So erhielten die Sektionen eine CD-ROM mit dem Parteilogo und Mustervorlagen. Ausserdem führt die CVP neu eine zentrale Mitgliederkartei, welche einen direkten Kontakt von der Parteizentrale zum einzelnen Parteimitglied ermöglicht.

Ende Juli präsentierte die CVP ihre Vorstellungen zur **langfristigen Finanzierung der Krankenpflege**, welche neben dem Wechsel zur monistischen Spitalfinanzierung die Einführung einer obligatorischen Pflegeversicherung von maximal 120 Fr. jährlich für alle über 50-Jährigen beinhaltet. Personen, die ihre Angehörigen zuhause betreuen, sollen steuerlich entlastet werden. Ausserdem soll der Pflegebereich zur ersten Priorität für den Zivildienst werden.

An ihrem Parteitag in Herisau beschlossen die Delegierten der CVP die Nein-Parole zur SVP-Goldinitiative und die Ja-Parole zum bundesrätlichen Gegenvorschlag mit der Solidaritätsstiftung. Sie verabschiedeten ein von der Generalsekretärin von Pro Familia, Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz, verfasstes **Positionspapier "Ihre Familie ist die Zukunft der Schweiz"**, welches Entlastungen für Familien forderte. Dabei ging die CVP vom Ideal der traditionellen Familie aus, wollte aber ausdrücklich auch Einelternfamilien unterstützen, und erwähnte auch die Grosseltern. Die Junge CVP vermisste Hinweise auf den Ausbau von Kinderkrippenplätzen, den Blockunterricht und Tagesschulen.

Mitte September verabschiedete die CVP an ihrem **Openair-Parteitag** auf der Belalp (VS) ein Massnahmenpaket mit dem Titel "Jeunesse Suisse", das die Einbindung der Jungen in die Politik fördern soll. Das Rahmenprogramm mit Ansprachen der CVP-Spitzen, Grill- und Racletteplausch und Alpensymphonie bescherte ihr jedoch einen wortwörtlich jugendfreien Anlass.

Obschon Umfrageergebnisse darauf hindeuteten, dass viele CVP-Wählerinnen und Wähler die **Asylnitiative der SVP** befürworteten, lehnten die CVP-Delegierten die Vorlage mit bloss einer Gegenstimme ab. Trotz Einwänden des christlich-sozialen Flügels empfahlen sie die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zur Annahme. In einem Papier zur Migrationspolitik sprachen sich die Delegierten wie die SVP für Kurzeitarbeitsbewilligungen auch für wenig qualifizierte Personen aus dem Ausland aus, die in der Landwirtschaft, im Bau- und Gastgewerbe sowie in der Pflege gebraucht würden. Eingewanderte sollten sich mit der Kultur der Schweiz vertraut machen und über ihre Integrationsbemühungen regelmässig Rechenschaft ablegen.

Unmittelbar vor dem Wechsel von Bundesrat Joseph Deiss ins Volkswirtschaftsdepartement Ende Dezember präsentierte die CVP ihr **Wirtschaftspapier**. Darin forderte sie eine Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik, eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft und eine gezielte Förderung der KMU. Ein KMU-Ombudsmann, der vom Sekretariat KMU-Forum und vom CVP-Generalsekretariat unterstützt wird, soll die Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen aufgreifen.

Die **CSP Obwalden** beschloss den **Austritt aus der CVP Schweiz**. Sie begründete dies mit dem Zwiespalt, dem sie ausgesetzt sei, wenn sie einerseits als kantonal eigenständige Partei manchmal gegen die CVP Obwalden politisiere, andererseits aber gleichzeitig in die nationale CVP eingebunden sei. Ausserdem hätten die Christlichdemokraten Obwaldner CSP-Kandidaturen ins eidgenössische Parlament kaum unterstützt. In Zukunft wolle sich die CSP Obwalden auf die kantonale Politik konzentrieren und sich während der nächsten zwei Jahre keiner nationalen Partei anschliessen. Allenfalls werde man bei der unabhängigen CSP Schweiz um einen Beobachterstatus nachsuchen.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** mussten die Christlichdemokraten 15 Mandate abgeben (je sechs in Ob- und Nidwalden, zwei in Zug und eines in der Waadt). Im Jura hingegen konnten sie einen Sitz zulegen. In den **Regierungsratswahlen** verlor die CVP je einen Sitz in Nidwalden und im Jura, wo sie auch ihre absolute Mehrheit einbüsste.

2003

An ihrer Delegiertenversammlung in Regensdorf (ZH) verabschiedete die CVP fast diskussionslos die beiden **Wirtschaftspapiere** „Mehr Innovation schafft sichere Jobs und Wohlstand“ und „Neues Vertrauen schaffen“, welche beide Bestandteile der Wahlplattform waren.

Eine Woche vor den dortigen Regierungs- und Parlamentswahlen trafen sich die CVP-Delegierten in Luzern zur Parolenfassung für die neun Vorlagen, welche im Mai zur Abstimmung gelangten. Sie empfahlen alle sieben von der Linken unterstützten Volksinitiativen zur Ablehnung, die Revision der Armee und des Bevölkerungsschutzes zur Annahme. Einstimmig nahmen sie eine Resolution der Jungen CVP an, welche einen **Ausbildungsabzug** zur steuerlichen Entlastung von Familien forderte.

Im Mai verabschiedeten die **CVP-Frauen** einen Forderungskatalog, der ihnen auch als Programm für die eidgenössischen Wahlen vom Herbst dienen sollte. Darin verlangten sie ein Bundesgesetz über Familienzulagen, Ergänzungsleistungen für erwerbstätige Eltern mit niedrigem Einkommen, Entlastungen bei der direkten Bundessteuer für Familien mit mittleren Einkommen sowie einen Steuerabzug für Personen, die zu Hause Angehörige pflegen. Weiter sollten alle Kantone dafür sorgen, dass bei häuslicher Gewalt die Täter und nicht die Opfer die gemeinsame Wohnung verlassen müssen.

An ihrem Parteitag in Baar (ZG) verabschiedeten die CVP-Delegierten ein 3-Punkte-Programm, das eine Halbierung der bürokratischen Lasten für Bürger und Wirtschaft forderte. Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss stellte ein Massnahmenpaket zur **administrativen Entlastung der KMU** bei den Sozialversicherungen, den Lohnausweisen und den Steuererklärungen in Aussicht.

Anfang August stellten die Christlichdemokraten ein **Positionspapier „Stopp der Jugendgewalt“** vor, in dem sie ihre Vorschläge an Eltern, Lehrer, Kinder und Behörden zum Thema zusammenfassten; das Papier enthielt keine neuen Erkenntnisse und keine Angaben zu den Kosten. Während die Pressemitteilung das Schwergewicht vor allem auf die Repression legte, kamen an der Pressekonferenz auch Prävention und Intervention zur Sprache.

Als der Vatikan die christlichen Parteien aufforderte, Bestrebungen zur Legalisierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu bekämpfen und Bischof Kurt Koch eine **Christentum-Verträglichkeitsprüfung** anregte, verwahrte sich die CVP-Spitze gegen diese Einmischung mit dem Argument, die CVP sei eine überkonfessionelle Partei.

An ihrer Delegiertenversammlung in Genf präsentierte sich die CVP als **Partei der Familien**: Einstimmig und ohne Enthaltung hiess sie einen bezahlten Urlaub für erwerbstätige Mütter gut, obwohl das Parlament die Vorlage zur Mutterschaftsversicherung noch nicht zu Ende beraten hatte; die Stellungnahme war als Antwort auf die Referendumsdrohung der SVP gedacht. Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen vom Herbst warb Parteipräsident Philipp Stähelin in seiner Rede „Nachwuchs fördern heisst Renten sichern“ dafür, der Familienpolitik einen neuen Stellenwert einzuräumen.

Drei Wochen vor den Wahlen sprach sich Parteipräsident Philipp Stähelin an einem ausserordentlichen CVP-Parteitag in Basel mit Nachdruck für starke Mitteparteien und die Beibehaltung der Konkordanz aus und rechtfertigte damit den zweiten Bundesratssitz der CVP. Die beiden CVP-Bundesratsmitglieder skizzierten die aus ihrer Sicht wichtigsten Herausforderungen der kommenden Legislatur: Rentenalter, Konsolidierung der bilateralen Beziehungen mit der EU, Prioritätensetzung bei den staatlichen Ausgaben, mehr Wettbewerb und Marktöffnung sowie echte Familienpolitik, das heisst steuerliche Entlastung der Familien. Die CVP wolle am Rentenalter 65 festhalten; um die Renten zu finanzieren, sollten die Kinder früher eingeschult werden und junge Erwachsene somit früher die Berufstätigkeit aufnehmen. Praktisch diskussionslos hiessen die Delegierten schliesslich einen 34 Punkte umfassenden „**Wahlvertrag der CVP mit dem Schweizervolk**“ gut.

Obschon die CVP einen aufwändigen Wahlkampf betrieben hatte, musste sie 7 Nationalratsmandate abgeben; besonders hoch waren die Verluste in ihren traditionellen Stammlanden. Als erste Reaktion auf die Wahlniederlage stellte CVP-Präsident Philipp Stähelin sein Amt zur Verfügung; die Parteileitung sprach ihm jedoch das Vertrauen aus. Sie schloss den Rückzug eines ihrer Bundesratsmitglieder zugunsten von Christoph Blocher (svp, ZH), den SVP-Präsident Ueli Maurer am Wahlabend gefordert hatte, aus; für die Regierungsbildung stehe die Handlungsfähigkeit des künftigen Bundesrates im Vordergrund. Dieser Entscheid stiess parteiintern nicht auf einhellige Zustimmung; so erklärte der ehemalige CVP-Präsident, Ständerat Carlo Schmid (AI), man käme um einen Bundesrat Blocher nicht mehr herum. Ende Oktober entschied die CVP-Fraktion mit 33:5 Stimmen, mit beiden Bundesratsmitgliedern zur Wiederwahl anzutreten und der Vereinigten Bundesversammlung damit die Entscheidung über die künftige Regierungszusammensetzung zu überlassen. Gemäss Fraktionschef Jean-Michel Cina (VS) anerkenne die CVP den Anspruch der SVP auf einen zweiten Bundesratssitz. Ihrer Meinung nach solle die SVP jedoch den Sitz des zurücktretenden FDP-Bundesrats Kaspar Villiger einnehmen; mit drei Sitzen im Bundesrat und mit der Bundeskanzlerin sei der gemäss Cina neu formierte Rechtsblock von SVP und FDP angemessen vertreten. Dieses Vorgehen stiess bei einigen CVP-Kantonalparteien wie jener von Luzern auf Kritik, weil diese auf die Zusammenarbeit mit der FDP angewiesen sind. Am 10. Dezember **bestätigte** das Parlament **nicht CVP-Bundesrätin Ruth Metzler**, sondern wählte Christoph Blocher (svp, ZH) in die Regierung. Die Parteileitung der CVP wies jegliche Mitschuld an der Abwahl ihres Regierungsmitglieds von sich und erklärte, die CVP wolle ihr Glück in einer „Politik der radikalen Mitte“ suchen und sich programmatisch erneuern. Die Fraktion werde Ende Januar 2004 in Klausur gehen und im Frühling einen „Grundsatzparteitag“ durchführen.

Einen Tag nach der Bundesratswahl gab **Philipp Stähelin** seinen **Rücktritt als Parteipräsident** nach nur zweieinhalb Jahren Amtsdauer bekannt. Mit seinem Rücktritt zu Beginn einer neuen Legislatur wolle er der neuen Parteiführung ermöglichen, die eidgenössischen Wahlen 2007 in aller Ruhe vorzubereiten. Das neue Präsidium solle an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung Anfang 2004 gewählt werden. Der neue Präsident müsse laut Stähelin ein Mitglied des Parlaments sein, da eine enge Verbindung zur nationalen Politik wichtig sei, und von der Fraktion getragen werden. Er würde sich besonders freuen, wenn eine Frau seine Nachfolge anträte. Als Favoriten gehandelt wurden Vizepräsidentin Doris Leuthard (AG), Ständerat Bruno Frick (SZ), Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz (SG), Nationalrätin Thérèse

Meyer (FR) und Fraktionschef Jean-Michel Cina (VS). Die Junge CVP forderte den Ausschluss von Ständerat Carlo Schmid (AI) aus Partei und Fraktion. Falls noch andere Fraktionsmitglieder bei den Bundesratswahlen für Christoph Blocher statt Ruth Metzler gestimmt hätten, solle auch gegen diese ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet werden.

2004

An der ersten Delegiertenversammlung der CVP im neuen Jahr verteidigte der noch bis Februar amtierende Parteipräsident Philipp Stähelin das Vorgehen der Fraktion bei der **Bundesratswahl**. Die Unzufriedenheit über dieses von der Parteileitung nicht eigens traktandierte Thema war offensichtlich. Gemäss der früheren Luzerner Nationalrätin Judith Stamm sei nicht klar, wie das Wahlgeschäft wirklich verlaufen sei, es hätte Möglichkeiten für einen anderen Ausgang gegeben. Mit 159:79 Stimmen lehnten die Christlichdemokraten gegen das Votum von Bundesrat Joseph Deiss den Gegenvorschlag zur Avanti-Vorlage ab, beschlossen mit 174:24 Stimmen die Nein-Parole zur Verwahrungsinitiative und empfahlen mit 125:22 Stimmen die Mietrechtsrevision zur Annahme.

Mitte Januar gaben sowohl die als Kronfavoritin für die Parteileitung gehandelte Vizepräsidentin Doris Leuthard (AG) als auch Bruno Frick (SZ) ihren Verzicht auf eine Kandidatur bekannt. Da die Suche nach einem geeigneten Nachfolger für Stähelin erfolglos blieb, entschied das Parteipräsidium, die Ersatzwahlen auf den Sommer zu verschieben. **Doris Leuthard** erklärte sich bereit, **interimistisch** die Parteigeschäfte zu übernehmen.

Nach einer emotionsgeladenen Debatte sprachen sich die CVP-Delegierten Anfang April mit 177:82 Stimmen bei 9 Enthaltungen **für das Steuerpaket** aus. Einige CVP-Regierungsräte hatten die Vorlage als Wahlgeschenk bezeichnet, das föderalismus- und demokratiefeindlich und eines Rechtsstaates unwürdig sei und darauf hingewiesen, dass das Kantonsreferendum massgeblich auf die Initiative von CVP-Exekutivmitgliedern zustande gekommen war. Der Entscheid zugunsten der AHV-Revision fiel mit 169:30 Stimmen bei einer Enthaltung, jener zugunsten der Mehrwertsteuererhöhung mit 164:31 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Mitte Juni **verabschiedeten** die Christlichdemokraten **Alt-Bundesrätin Ruth Metzler** mit einer stehenden Ovation. Nur wenige Tage vor der Delegiertenversammlung war Metzlers Buch erschienen, in dem sie sich kritisch zum Verhalten der Parteispitze im Vorfeld der Bundesratswahlen 2003 äusserte und das in der Partei einige Irritationen ausgelöst hatte. Interimspräsidentin Doris Leuthard attestierte der ersten CVP-Frau im Bundesrat, während viereinhalb Jahren in so schwierigen Bereichen wie der Migrationspolitik mit Herzblut und Sachverstand gewirkt zu haben. Das Scheitern der Bestätigungswahl stellte sie als Konsequenz der von der CVP verlorenen Parlamentswahlen hin. Nachdem in den vergangenen Tagen viel von Entfremdung zwischen der früheren Bundesrätin und ihrer Partei die Rede gewesen war, versicherte Ruth Metzler den Delegierten, sie fühle sich in der CVP zuhause, denn diese trete für Werte ein, die ihr persönlich und für das Vorankommen des Landes wichtig seien. Die Delegierten beschlossen mit 163:2 resp. 163:3 Stimmen und je einer Enthaltung die Ja-Parole zur Neuregelung des Bürgerrechts und folgten damit dem Plädoyer der ehemaligen EJPD-Chefin, welche diese Revision vorangetrieben hatte.

Mitte Juli gab die CVP die Resultate der **parteiinternen Vernehmlassung** zu ihrem Erneuerungsprojekt „Aufbruch Schweiz“ bekannt. Die Kantonalparteien begrüßten eine zentrale Verwaltung der Mitgliederkartei, sprachen sich jedoch gegen eine Verlagerung der Finanzhoheit und des Inkassos der Mitgliederbeiträge an die Zentrale aus. Die Delegiertenversammlungen würden beibehalten, doch werde die CVP Schweiz jährlich mindestens einen grossen Parteikongress veranstalten, der offen für alle Mitglieder sein soll.

Im September wählten die Christlichdemokraten **Doris Leuthard zur Präsidentin**; nachdem die Arbeit im Parteipräsidium durch die Schaffung von Ressorts besser aufgeteilt worden war, damit sie ihren Beruf als Anwältin weiter ausüben kann, hatte sich die Aargauer Nationalrätin im Juni bereit erklärt, die Parteileitung definitiv zu übernehmen. Im künftigen siebenköpfigen CVP-Präsidium stehen ihr der Schwyzer Ständerat Bruno Frick und der Freiburger Nationalrat Dominique de Buman als Vizepräsidenten, sowie, von Amtes wegen, Jean-Michel Cina (VS) als Fraktionschef zur Seite. Der Parteitag bestätigte zudem die Präsidiumssitze von CVP-Frauen-Präsidentin Ida Glanzmann (LU) und von Lucrezia Meier-Schatz (SG). Neu wurde der Tessiner Regierungsrat Luigi Pedrazzini ins Leitungsgremium aufgenommen.

Am gleichen Wochenende verabschiedeten die Delegierten auch das **neue Parteiprogramm „Aufbruch Schweiz“**. Hatte die CVP im Frühjahr im Entwurf noch für eine „ökosoziale Marktwirtschaft“ plädiert, lautete der Schwerpunkt nun „liberal-soziale Marktwirtschaft“. Gemäss Parteipräsidentin Leuthard sei die Stärke der CVP immer die Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik gewesen, deshalb das neue Etikett. So wolle sich die CVP im Bereich Wirtschaft unter anderem gegen Kartelle, für einen Ausbau von Forschung und Bildung und für liberalisierte Ladenöffnungszeiten einsetzen. Im zweiten Schwerpunkt Familienpolitik verlangen die Christlichdemokraten harmonisierte Familienzulagen, Steuerabzüge für Familien und Massnahmen im Bereich der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Im Rahmen des dritten Schwerpunkts soziale Sicherheit fordert die CVP zwar ein „Auffangnetz des Staates“, aber keinesfalls eine „Hängematte“. Am Parteikongress wurde die Forderung nach einer ökologischen Steuerreform wieder ins Programm aufgenommen, nachdem sie aufgrund der negativen Reaktionen in der Vernehmlassung aus dem Entwurf gestrichen worden war. Die CVP hatte auch ihre Aussenwirkung prüfen lassen. Die Resultate bestätigten die immer noch manifeste Konfessionshürde, wonach die Partei für jede fünfte befragte Person aufgrund ihres katholisch-konservativen Hintergrunds nicht wählbar sei. Diesem Fremdbild, das dem Selbstbild der Landespartei nicht entspricht, möchte die CVP mit einer intensiven Grundwertediskussion entgegentreten, zu erwägen sei auch eine Fusion mit der reformierten EVP.

Anfang Oktober gab **CVP-Fraktionschef Jean-Michel Cina** seine Kandidatur für den Walliser Staatsrat bekannt. Falls er gewählt werde, trete er aus dem Nationalrat zurück. Als Nachfolger genannt wurden Ständerat Urs Schwaller und Nationalrat Dominique de Buman (beide FR).

An ihrer Delegiertenversammlung im Oktober in Hergiswil (NW) beschlossen die Christlichdemokraten mit 177:10 Stimmen (letztere überwiegend aus dem Kanton Zug) und 5 Enthaltungen die Ja-Parole zur NFA. Der positive Entscheid zum **Stammzellenforschungsgesetz** fiel mit 153:28 Stimmen bei 4 Enthaltungen überraschend deutlich aus, nachdem die Fraktion vor einem Jahr noch gespalten gewesen war und das Gesetz mit nur einer Stimme Differenz gebilligt

hatte. Die Ja-Parole zur neuen Finanzordnung fasste der Parteivorstand in eigener Regie. Die CVP-Delegierten verabschiedeten eine Resolution zur Revision der IV, in der sie die Schaffung einer Meldestelle zur frühzeitigen Erfassung von erwerbsunfähigen Personen, eine zeitliche Beschränkung und die regelmässige Überprüfung von IV-Renten sowie eine Beratung für schnelle Wiedereingliederung forderten. In ihrem Rückblick auf das erste Jahr mit dem neu zusammengesetzten Bundesrat erklärte Parteipräsidentin Doris Leuthard das Experiment für gescheitert; sie appellierte an die „verantwortungsvollen Köpfe“ innerhalb der SVP, sich zu entscheiden, ob sie die Eskapaden ihrer Partei noch länger mitzutragen gewillt seien.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** mussten die Christlichdemokraten insgesamt 26 Sitze abgeben: Allein in Schwyz bürsteten sie neun Mandate ein, in St. Gallen sieben, im Thurgau fünf, in Basel-Stadt drei und in Schaffhausen zwei. Nur in Uri konnten sie alle ihre Sitze verteidigen, verloren aber die Mehrheit in der Exekutive. In St. Gallen stellt die CVP erstmals den Stadtpräsidenten.

2005

Im Februar ersetzte die CVP ihr bisheriges **Parteiorgan** „La Gazette“ durch „Die Politik – Monatszeitschrift des politischen Zentrums“. Das Magazin deutet das Parteilogo nur an und verzichtet auf die in Parteiorganen üblichen Berichte zu nationalen und lokalen Partei-Veranstaltungen; die Kantonalparteien hätten hierfür eigene Blätter, zudem existiere der Pressedienst der CVP Schweiz. „Die Politik“ zählte Ende Jahr rund 6000 Abonnenten.

An ihrer Delegiertenversammlung in Auvernier (NE) sprachen sich die Christlichdemokraten mit 185:1 Stimmen für die Ausdehnung des **Personenfreizügigkeitsabkommens** auf die neuen EU-Staaten aus und mit 176 Stimmen zum Beitritt zu den Polizei- und Asylabkommen von Schengen und Dublin. Gemäss Parteipräsidentin Leuthard wolle sich die CVP nicht einfach der Kampagne der Wirtschaft anschliessen, sondern bilde ein **eigenes Abstimmungskomitee** und investiere mindestens 300 000 Fr. in eine Plakatkampagne.

Im Hinblick auf die Parolenfassung zum **Partnerschaftsgesetz** sagte die CVP-Spitze den dazu geplanten Parteitag mit der Begründung ab, eine Veranstaltung nur zu diesem Thema käme zu teuer. Dieses Vorgehen löste bei der Basis, die wie die Nationalratsfraktion gespalten war, gemischte Reaktionen aus. Ende April empfahl der Vorstand der CVP Schweiz in einer öffentlichen Tagung in Baden (AG) mit 37:6 Stimmen bei drei Enthaltungen Zustimmung zur Vorlage. Der Bündner Ständerat Theo Maissen hatte vergeblich Stimmfreigabe beantragt mit dem Argument, wie immer sich die CVP beim Partnerschaftsgesetz entscheide, handle sie sich innerparteiliche Probleme ein.

An ihrer Delegiertenversammlung in Einsiedeln (SZ) von Ende Juni verlangten die Christlichdemokraten die Aufhebung der steuerlichen „Heiratsstrafe“ für Ehepaare, eine Vereinfachung der Mehrwertsteuer und die steuerliche Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen (Verminderung der Doppelbelastung beim Risikokapital für Aktionäre mit einer Beteiligung von mindestens 5%). Ausserdem genehmigten die Delegierten das von der Parteileitung präsentierte **Konzept „Neue Wege zur Kampagnenfähigkeit“**. Dieses will mittels

Internet den Kontakt zur Parteibasis und deren Einbindung in die Meinungsbildung verbessern.

Um die mit dem Parteiprogramm „Aufbruch Schweiz“ verbundene neue Einheit visuell zu vermitteln, vereinfachte die CVP ihr **Logo**: orange, mit angeschnittenem weissen Schweizerkreuz und den Parteibuchstaben. Das neue Logo soll künftig in der ganzen Schweiz einheitlich verwendet werden.

Ende August lehnten die Christlichdemokraten in Baden (AG) mit 104:39 Stimmen bei vierzehn Enthaltungen das **Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft** nach eingehender Diskussion ab. Chiara Simoneschi (TI) hatte vergeblich darauf hingewiesen, dass sowohl Bauern- und Konsumentenorganisationen als auch Natur-, Umwelt- und Tierschutzverbände hinter der Initiative stünden und dass es die Bindung der Konsumenten an einheimische Produkte nicht stärke, wenn im Inland nichts anderes produziert werde als im billigeren Ausland. Zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs beschlossen die Delegierten mit 122:9 Stimmen bei sieben Enthaltungen die Ja-Parole. Entscheidendes Argument bei beiden Vorlagen war die Sorge um den Wirtschaftsstandort Schweiz gewesen. Wie bereits beim Partnerschaftsgesetz stand die Parole der CVP zu den Sonntagsverkäufen im Widerspruch zur Empfehlung der Schweizerischen Bischofskonferenz, was letztere zu leiser Kritik veranlasste. Gegen Ende Jahr bemühten sich die traditionell eng verbundenen Organisationen um die Durchführung eines klärenden Gesprächs.

Im Oktober verabschiedeten die Christlichdemokraten in Sitten (VS) ein 20-Punkte-Programm „**Für stabile Prämien und das Ende der Kostenexplosion“ bei der Krankenversicherung**. Unter anderem verlangten sie individuelle Verträge zwischen Krankenkassen und Ärzten, Fallkostenpauschalen für Spitäler, Anreize, um die Versicherten zu einem kostenbewussten Verhalten zu motivieren (z.B. tiefere Selbstbehalte bei konsequenter Verwendung von Generika und bei der Behandlung durch Ärztenetze), die Abschaffung der Krankenkassenprämien für Kinder und, zur Finanzierung der Pflegekosten, die Schaffung eines Gemeinschaftsdiensts als Alternative zum Militärdienst.

Im Berichtsjahr kam es zu mehreren personellen Wechslen: Zu Beginn der Frühlingssession trat **Nationalratspräsident** Jean-Philippe Maitre (GE) krankheitshalber von all seinen Ämtern zurück. Auf Vorschlag der CVP wählte die grosse Kammer die Freiburgerin Thérèse Meyer zur neuen Präsidentin. Den Nationalratssitz Maitres übernahm Luc Barthassat.

Im Mai bestimmte die CVP mit dem Freiburger Ständerat **Urs Schwaller** erstmals einen Vertreter der kleinen Kammer zum neuen **Fraktionschef**. Der langjährige ehemalige kantonale Finanzdirektor, der dem Parlament erst seit 15 Monaten angehört, löste den im März in die Walliser Regierung gewählten Jean-Michel Cina ab. Zur neuen Vizepräsidentin wurde neben den Bisherigen Ständerat Franz Wicki (LU) und Nationalrätin Chiara Simoneschi (TI) die Thurgauer Nationalrätin Brigitte Häberli gewählt.

Im Frühling löste Monika Spring (ZH) Béatrice Wertli (AG) als **Kommunikationschefin** der CVP Schweiz ab. Bereits Ende Jahr musste Spring ihr Amt jedoch wieder abgeben, weil despektierliche Äusserungen, die sie in privatem Rahmen über den Papst und die katholische Kirche gemacht

hatte, öffentlich wurden. Zur Nachfolgerin für Spring wählte die CVP die Aargauer Journalistin Marianne Binder. Diese wird Sprecherin für die Deutschschweiz und Leiterin Kommunikation. Als Sprecher für die lateinische Schweiz amtiert neu der ehemalige Generalsekretär und Präsident der CVP Waadt Mario-Charles Pertusio.

In den **kantonalen Parlamentswahlen** mussten die Christlichdemokraten insgesamt 17 Sitze abgeben: in Solothurn neun, im Aargau sechs (in beiden Kantonen waren die Legislativen verkleinert worden) und im Wallis zwei. In Solothurn gelang es **Klaus Fischer** (cvp), Regierungsrat Roberto Zanetti (sp) nach nur zwei Amtsjahren aus der Exekutive zu verdrängen, und in Zürich konnte **Hans Hollenstein** (cvp) in den Ersatzwahlen den Sitz des zurückgetretenen SVP-Vertreters Christian Huber erobern.